Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 119. **Dienstag, den 4. Oktober 1910.** **38. Jahrgang.**

Erstes Blatt.

Nicht hoch genug bewertet

kann die von dem Verlage der „Kamener Zeitung" eingerichtete

freiwillige und kostenlose

Unfall-Unterstützung

werden. Aus derselben können die Hinterbliebenen verunglückter Abonnenten den Betrag von

300 Mark

nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen erhalten.

☞ Jeder Familienvater sollte nicht säumen, in solch' bequemer Weise seine Angehörigen gegen etwaige Schicksalsschläge zu schützen, indem er Abonnent wird der

Kamener Zeitung.

Nationalliberaler Parteitag.

Der nationalliberale Parteitag nahm Sonnabend in Kassel seinen Anfang bei sehr starkem Besuch. Abgeordneter Bassermann eröffnete die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, das brausenden Widerhall fand. Dann wurde das Büro konstituiert. Es wurden die Abgeordneten Dr. Krause, Dr. Paasche und Professor Hebel (Kassel) zu Vorsitzenden gewählt. Justizrat Krause übernahm den Vorsitz mit einer kurzen Ansprache, in der er ausführte, es seien ernste Zeiten, der deutsche Hader scheine wieder erwacht zu sein. Der stifte Verwirrung, und diese Verwirrung treibe bei den Wahlen viele zu der internationalen extremsten Partei. Es gelte den herrschenden Mißmut zu bekämpfen. Das wollten die Nationalliberalen, das müßte aber auch die Regierung und das könnte die Regierung durch eine wahrhaft volkstümliche Politik dadurch, daß sie den liberalen Gedanken, der, man möge sagen, was man wolle, stark im Volke sei, Rechnung trage; aber auch dann werde die nationalliberale Partei ihr Ziel nur erreichen, wenn sie einig und stark sei. Man müsse Duldung üben gegen andere Meinungen. Die Verhandlungen müßten geführt werden unter dem Zeichen: Duldung und Disziplin.

Abg. Bassermann

sprach sodann über die innere Politik. Der Führer wurde mit einem minutenlangen, stürmischen, zugleich spontanen und ostentativen Beifall begrüßt. Er gab zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Partei, der darauf hinausginge, daß die nationalliberale Partei, solange sie einig gewesen sei, bis 1870/1878 groß gewesen sei. Das sei eine Warnung für die heutige Zeit. Nur die Einigkeit mache stark, und die nationalliberale Partei könne einig bleiben, wenn sie festhalte an ihrem alten Programm, an der Verfolgung der nationalen Ziele, an der Förderung des sozialen Fortschritts. Dazu gehöre auch, daß Mittelstandspolitik getrieben werden muß und daß die nationalliberale Partei, wie sie es immer getan, auch für den Bauernstand eintrete. Dann ging Bassermann auf die Politik der Gegenwart über und besprach zunächst die Reichstagswahlen von 1907 mit ihrem nationalen Aufschwung. Und heute, heute sei ein großer Aufwand schmählich vertan und die alte Misere in Deutschland wieder da. Zweifellos sei der Grund dafür in erster Reihe

die vollständig verunglückte antisoziale Finanzreform,

die die Gebote der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs verletze. Als ich damals die Auflösung des Reichstags verlangte, stieß ich vielfach auf Widerstand und begegnete einem mitleidigen Lächeln. Ich glaube aber ,mancher, der damals gelächelt hat, ist sich klar geworden, daß wir in dieses politische Elend nicht geraten wären, wenn damals die Regierung sich entschlossen hätte, den Reichstag aufzulösen und mit der Parole nach einer gerechten Steuerverteilung in den Wahlkampf gezogen wäre. Dann kam auch hinzu der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform, die weit über Preußen hinaus Interesse erregt hat.

Die Wahlen der letzten Periode

haben der nationalliberalen Partei ja auch Verluste gebracht. Wir waren ja vom Unglück verfolgt. Zahlreiche Todesfälle betrafen gerade unsere Partei. Und alle diese Mandate sind in die Hände der Sozialdemokraten gefallen. Glaubt man aber, wenn wir nach der Reichsfinanzreform mit fliegenden Fahnen in das Lager des schwarz-blauen Blocks übergegangen wären, daß die Wahlen anders ausgefallen wären? (Stürm. minutenlanger Beifall.) Die Situation vollzieht sich unter einem Zug nach links. Wir könnten nur bedauern, daß der Sturm des Unmuts auch über uns hinweggeht. Es ist alles gleich, ob rechts oder links, die Unzufriedenheit der Wähler geht über uns hinweg. Wir wissen nicht, wieviel Sozialdemokraten in den nächsten Reichstag hineinziehen werden, aber wir können damit rechnen, daß die Ziffer über die Hundert hinausgeht. Und wenn das Zentrum mit seinen Affilierten den Polen, den Elsässern, den Welfen usw. in alter Stärke zurückkehrt, so bleibt nicht viel Platz für Konservative und Liberale übrig. Wenn der Reichstag mit einer Mehrheit aus Sozialdemokraten und Zentrum zurückkommt, so wird er keine lange Dauer haben. (Sehr richtig!) Wir müssen zurückgreifen auf

die Periode des Fürsten Bülow

in der wir zufrieden waren und entscheidende Siege über die Sozialdemokratie erfochten haben. (Stürm. Beifall.) Die Reichsfinanzreform wird so leicht nicht mehr zur Ruhe kommen. Wir werden nicht eher ruhen, als bis wir eine Reform in ausgleichendem und gerechtem Sinne erhalten haben. Man hat geraten, die preußische Wahlrechtsreform hinauszuschieben. Aber auch damit wird man zu keiner Beruhigung kommen. Solange nicht nach diesen beiden Richtungen positive Taten seitens der Regierung erfolgt sind, wird man gegen die rote Flut nicht ankämpfen können. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß die Wahlen 1911 einen

Zusammenbruch des schwarz-blauen Blocks

bringen werden und der derzeitigen Methode. Heute über den Aufmarsch für die Wahlen von 1911 zu sprechen, würde müßig sein. Ich möchte auch warnen, heute hier über die Stellung zu den Stichwahlen zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen das Resultat der Hauptwahlen abwarten und dann nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung über die Stichwahlparole entscheiden. Ich glaube, über unsere Stellung zur Sozialdemokratie dürfte es nicht nötig sein, hier noch ein Wort zu verlieren. Niemals hat die nationalliberale Partei davon abgelassen, die Sozialdemokratie als ihren Feind zu betrachten. (Zuruf: Todfeind! — Stürmischer Beifall.) Ich glaube, daß keiner hier im Saale ist, der die Großblockpolitik im Reiche empfehlen würde. (Stürm. Beifall.) Den scharfen Gegensatz unserer Partei zur Sozialdemokratie hat mir der Parteitag in Magdeburg von neuem enthüllt, wo wir Gelegenheit hatten, die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Rauhbeinigkeit kennen zu lernen. Diese Bemerkung über den Zaren, der in Deutschland für seine kranke Frau Heilung sucht, ist doch wirklich eine schamlose Verletzung des Gastrechts. (Stürm. Beifall.) Niemand hier glaubt wohl, daß es in absehbarer Zeit in der Sozialdemokratie zu einer Spaltung kommen wird. Wir werden die alte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie in vollem Umfange aufrecht erhalten und überall den Kampf gegen sie auch energisch führen. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Unsere Stellungnahme zur konservativen Partei

wurde in jüngster Zeit wieder viel besprochen. Wir können unter keinen Umständen auf den Kampf im Osten verzichten (stürmischer Beifall), wir müssen ihn führen, weil die Parteigenossen es wollen, weil der Osten vielfach für uns Neuland ist. (Stürmischer Beifall.) Man übersieht immer zu sehr, daß die Wahlen nicht entschieden werden durch die organisierten Parteileute, sondern durch die nichtorganisierten, durch das, was man Treibholz nennt. Wir sind bereit, den Streit mit den Konservativen zu beenden unter der Voraussetzung, daß der Liberalismus seine volle Gleichberechtigung in der Gesetzgebung und in der Verwaltung bekommt. Nun ist in jüngster Zeit eine sogenannte Sammlungsparole ausgegeben worden. Man hat gesagt, die Forderung des Tages sei der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Es ist sehr gescheit von den Parteien, die Sukkurs durch unsere Anhänger bekommen würden, wenn sie an eine solche Sammlungsparole denken. Aber der Gedanke ist auch herzlich dumm, denn er würde eine Sprengung der nationalliberalen Partei bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Stellungnahme zum Zentrum

ist die alte Gegnerschaft, die auch in der jetzigen Zeit nicht geringer geworden ist. Wer uns heute das Zusammengehen mit dem Zentrum predigen würde, der nimmt dazu so ziemlich den ungeeignetsten Zeitpunkt. (Sehr wahr.) In der Periode der Borromäus-Enzyklika, in der von autoritativen Stellen der Zentrumskampf gegen den Modernismus in so schroffen Formen gepredigt wird, daß es uns berührt wie ein eisiger Hauch aus längst vergangener Zeit. Die Nutzanwendung, die der Redner unter lebhaftem Beifall aus seinen Darlegungen zog, war die, daß sich die Partei hüten müsse vor neuen Sezessionen, daß sie ihr altes Programm als einigendes Band behalten müsse. Dieser Gedanke der Einigkeit, dem sich die Betonung des Festhaltens an der Tradition der Selbständigkeit der Partei nach rechts und links, aber auch der Selbständigkeit der Provinzen innerhalb der Partei gesellte, zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Rede, die mit außerordentlichem Geschick aufgebaut, sicherlich höchst geeignet war, den Wünschen des Führers den Boden zu bereiten, und der deshalb eine grandiose Wirkung ausübte. Als Bassermann geschlossen hatte, erhob sich die Versammlung wie ein Mann und brach, wie am Anfang, in neuen stürmischen Beifall aus, eine begeisterte Kundgebung, die sich wiederholte, als der Vorsitzende Krause feststellte, daß der Parteitag durch die Ovationen dem Führer sein unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen habe.

In der Besprechung,

die sich an die Rede Bassermanns anschloß, sprachen alle Redner ihr Vertrauen zu der Führung Bassermanns aus. Im übrigen bildete das Hauptthema die Frage nach der Stellung der Partei zur Sozialdemokratie. Bedingungslos stellte sich auf die Seite Bassermanns Prinz Schönaich-Carolath. Dagegen hielt es der Abgeordnete Harmann (Bochum) als Vertreter der Westfalen für nötig, jedes irgendwie geartete Zusammengehen mit der Sozialdemokratie abzulehnen, ebenso wie der hessische Vertreter Winckler (Oppenheim). Der Führer der Badenser, Rebmann (Karlsruhe), verteidigte den badischen Großblock, wobei er aber hervorhob, daß er eine Uebertragung der Großblockpläne auf das Reich für ausgeschlossen halte. Der bayrische Delegierte Tafel aus Nürnberg hielt es für Bayern nicht für ausgeschlossen, daß zur Bekämpfung der Zentrumsvorherrschaft gelegentlich auch einmal ein taktisches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie erfolgen werde. Der Abgeordnete Stresemann protestierte im Namen der Reichstagsfraktion gegen den Vorwurf, sie triebe Steuerhetze und bemerkte dann zu dem Thema „Großblock", die badischen Nationalliberalen hätten nicht so sehr die Empfindung einer Seelenverwandtschaft mit der Sozialdemokratie, sondern sie hielten es für notwendig, dem Nationalliberalismus seine maßgebende Stellung zu erhalten und nicht ablösen zu lassen durch eine kulturfeindliche Zentrumsherrschaft. Erst wenn man die Tatsache in Betracht ziehe, daß es sich hier um einen Kampf zwischen Liberalismus und Ultramontanismus handelt, erst dann wäre dieses aus taktischen Gründen geschlossene Bündnis mit der Sozialdemokratie zu verstehen.

Darauf wurden die weiteren Verhandlungen vertagt.

Jugendgerichtstag.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Richtern, Staatsanwälten, Lehrern, Polizeibeamten, Geistlichen beider Konfessionen, Missionaren und den in der Jugendfürsorge tätigen Frauen trat in München die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge mit dem Sitz in Berlin zur Abhaltung des II. Deutschen Jugendgerichtstages zusammen. — Nach den üblichen Begrüßungen und Referaten über den Stand der Jugendgerichtsbewegung folgte ein sehr interessanter Vortrag des Amtsgerichtspräsidenten Dr. Becker (Dresden) über

Organisation und Zuständigkeit der Jugendgerichte.

Er wies einleitend darauf hin, wie fast überall in Deutschland der Einführung der Jugendgerichte schon vorgearbeitet worden ist. Indessen erst mit dem Inkrafttreten des Strafprozeßentwurfes wird deren eigentliches Ziel erreichbar sein, das die Kriminalstrafe und den Vergeltungsgedanken bei Jugendlichen zurückgedrängt vor der Durchführung von Erziehungsrechten und dem Besserungsgedanken. Der Vormundschaftsrichter ist unzweifelhaft der gegebene Leiter der Jugendgerichte. — Dies könnte und hat tatsächlich zu dem Vorschlage geführt, daß man dem Vormundschaftsrichter gesetzlich bei jeder strafbaren Handlung Minderjähriger vorab die Entscheidung darüber in die Hand legt, ob Erziehungsmaßregeln statt Kriminalstrafe geboten seien. Der Staatsanwalt würde dann erst einschreiten können, nachdem durch die vormundschaftsrichterliche Entschließung der Weg hierfür freigegeben ist. Indessen würde die Vorschiebung des Vormundschaftsrichters eine Verlangsamung des Strafprozesses herbeiführen, auch machen die landesrechtlichen Verschiedenheiten eine einheitliche Ueberweisung an den Vormundschaftsrichter unmöglich. Man sollte nur mit der Reichstagskommission bestimmen, daß außer der Staatsanwaltschaft auch das Gericht ein selbständiges Verfügungsrecht zur Einstellung des Verfahrens zugunsten von Erziehungsmaßregeln bereits vor der Hauptverhandlung haben soll. Mit dem Eintritt für das System der Jugendgerichte, wie es die vorliegenden Gesetzentwürfe bringen, lassen sich die vorhandenen Wünsche zusammenfassen in der Hervorhebung der Notwendigkeit von Jugendstrafkammern bei gleichzeitiger Ausdehnung der Ueberweisungsmöglichkeit von Kriminalfällen an das Jugendgericht und in der Forderung auf Erweiterung der Befugnisse des Gerichts bei Einstellung des Verfahrens gegen Jugendliche.

Die 20. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer.

Der 20. Bundestag der deutschen Bodenreformer findet in Gotha vom 2. bis 4. Oktober statt. Welchen bedeutenden Einfluß die Bodenreformer in den letzten Jahren in Deutschland bekommen haben, zeigt ihre stattliche Gefolgschaft. Allein 500 Vereine mit rund 800 000 Mitgliedern gehören ihm an, außerdem haben bis jetzt 65 Gemeinden, u. a. München, Hannover und Straßburg, sich ihm körperschaftlich angeschlossen. Aus dem Bundestage werden vertreten sein: das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, das Großherzoglich-Sächsische Staatsministerium und viele Städte. Dem Bunde befreundete Organisationen, wie der Verband mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphen-Beamten, der Deutsche Werkmeister-Verband, der Gesamtverband der ev. Arbeitervereine Deutschlands, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Rheinische Verein zur Förderung des Klein-Wohnungswesens und andere Körperschaften werden offizielle Vertreter entsenden. Die Tagesordnung hat für Freunde und Gegner weitgehendes Interesse. Die Reichszuwachssteuer, die vom Reichstage gleich nach seinem Zusammentritt durchberaten wird, steht im Mittelpunkt der Verhandlungen. Folgende Referate über die Reichszuwachssteuer zeigen die Gründlichkeit der Beratungen:

1. Die Stellung der deutschen Wissenschaft. Referent: Wirkl. Geh. Rat Prof. Adolph Wagner, Exzell. 2. Die Stellung der deutschen Gemeinden. Referent: Dr. Boldt, Stadtrat in Dortmund. 3. Die Stellung des deutschen Handels. Referent: J. K. Vietor, Großkaufmann, Bremen. 4. Die Stellung der deutschen Landwirtschaft. Referent: A. v. Schwerin, Rittergutsbesitzer. 5. Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes. Referent Carl Marfels, Vorsitzender des Deutschen Uhrmacherbundes. 6. Die Stellung des Baugewerbes. Referent: Fabrikbesitzer Heinrich Freese. 7. Die Stellung der Festbesoldeten (Beamten und Privatangestellten. Referent: Lehrer Flügel, zweiter Vorsitzender des Bundes der Festbesoldeten. 8. Die Stellung der deutschen Arbeiter. Referent: Arbeitersekretär Franz Behrens, M. d. R. —

Das zweite Hauptthema der Tagung ist nicht minder wichtig. Es behandelt die Rechts-Formen, die eine soziale Verwendung des Gemeinde-Grundeigentums gewähren, und die auf diesem Gebiete zu erstrebenden Reformen.

Deutschland.

— **Staatssekretär Delbrück** bereist in den ersten Oktobertagen mit den anderen Herren vom Reichsamt des Innern den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der zum Ressort des Reichsamts gehört. Am 4. Oktober treffen sie in Hamburg ein. Hier erfolgt, wie der „Kölnischen Zeitung" berichtet wird, die Besichtigung der Auswandererhallen und ihrer sanitären Einrichtungen, der Werften von Blohm u. Voß und der Vulkanwerft, ferner des neuen Elbtunnels, der Navigationsschule, des Tropenhygienischen Instituts und der Einrichtungen der Auslandsfleischbeschau.

— **(Eine Kandidatur Witting?)** Wie die „Nationalztg." erfahren haben will, soll Geheimrat Witting, der ausscheidende Direktor der Nationalbank für Deutschland, bei den nächsten Reichstagswahlen als nationalliberaler Kandidat, und zwar in einem hannoverschen Wahlkreise, aufgestellt werden.

— **(Eigene Steuerverwaltung.)** Ueber eine Aenderung der Verwaltung der direkten Steuern hat der Verbandstag der mittleren Staatsbeamten in der preußischen Verwaltung der direkten Steuern vor kurzem in Köln beraten. Die Bearbeitung fast aller Steuersachen, wie auch der persönliche Verkehr mit dem Publikum liegt jetzt den mittleren Beamten ob. Der Verbandstag glaubt nun eine Reorganisation der Verwaltung der direkten Steuern nach folgenden Gesichtspunkten vorschlagen zu sollen:

1. Völlige Abtrennung der Steuerverwaltung von der allgemeinen (inneren) Verwaltung. 2. Errichtung von Steuerämtern) deren Vorsteher (mittlere Beamte) den Vorsitz in den Voreinschätzungskommissionen zu führen und alle Steuerangelegenheiten der Steuerpflichtigen mit nicht mehr als 3000 Mark Einkommen unter eigener Verantwortung zu erledigen und bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen mit mehr als 3000 Mk. Einkommen als Hilfsorgane des Veranlagungskommissars mitzuwirken haben. 3. Bestellung von höheren Beamten als Veranlagungskommissare, soweit zweckmäßig unter Vereinigung mehrerer Kreise zu einem Veranlagungsbezirk. 4. Einrichtung von Provinzial-Steuerdirektionen und Angliederung der Berufungs-Kommissionen an die Provinzial-Steuerdirektionen. — Eine entsprechende Denkschrift wird dem Finanzministerium und dem Landtage überreicht werden.

— **(Für die Veteranen wird endlich etwas getan!)** Bei der 40jährigen Gedenkfeier der Schlachten um Metz, zu der sich dort Tausende der alten Kämpfer eingefunden hatten, wurde die Parole ausgegeben, daß die Veteranen ihre Ehrenzeichen, insbesondere das Eiserne Kreuz, nicht nur bei besonderen Gelegenheiten, sondern ständig, wenn auch nur das Ordensband, tragen möchten, zum ehrenden Gedächtnis an unsere Helden, welche die Einigung unseres Vaterlandes mit dem Tode besiegelt haben, sowie um in der heutigen Generation die Erinnerung an jene große Zeit lebendig zu erhalten. Von dieser Anregung ist, wie man der „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt, auch denjenigen Veteranen Kenntnis gegeben, denen es nicht vergönnt war, „an der erhebenden Feier auf den Schlachtfeldern teilzunehmen."

Ausland.

Türkei.

— **(Verstärkter Schutz für die deutschen Kolonisten in Haiffa.)** Der deutsche Konsul in Beirut teilt mit, die Vorarbeiten in der Morosache Unger seien so weit gediehen, daß die Verhandlungen in ungefähr drei Wochen stattfinden dürften. Auf energisches Vorgehen des Konsuls wegen der wiederholten neuerlichen Bedrohungen der deutschen Kolonisten bei Haiffa sandte der Wali sofort einen Hauptmann der Gendarmerie mit zwanzig Polizisten zum Schutze der Kolonisten und zur Ergreifung der Täter nach Haiffa.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersage unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Zehn Jahre gesetzlicher Ladenschluss.

Kamen, 4. Okt. Am 1. Oktober d. Js. waren 10 Jahre seit dem Inkrafttreten der Gewerbeordnungs-Novelle verflossen, die den gesetzlichen Ladenschluß für Detailgeschäfte eingeführt hat. Wir alle erinnern uns noch, so schreibt der „Konf." in einem Rückblick, der erbitterten Kämpfe, die seinerzeit um dieses Gesetz getobt haben. Der Gedanke, die Schlußzeit der Detailgeschäfte gesetzlich festzulegen, löste in Detailistenkreisen eine Erregung aus, wie man sie sonst in kaufmännischen Kreisen selten findet. Man prophezeite einen ungeheuren Geschäftsrückgang und den Ruin zahlreicher Geschäfte, die speziell in den späten Abendstunden flott beschäftigt waren. Aber trotz alledem kam das Gesetz, das ja wirklich in die geschäftlichen Verhältnisse recht tief eingreift, zustande.

Der 9 Uhr-Ladenschluß war gesetzlich festgelegt.

Nur sehr allmählich gewöhnte man sich an die neugeschaffene Ordnung der Dinge. Manche Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten mußten mit in Kauf genommen werden. Wie immer, war die Uebergangszeit am schlimmsten. Aber das dauerte nicht lange. Bald erkannte man die vielen Vorteile der neuen Einrichtung, die die etwa vorhandenen Nachteile doch bedeutend überwogen. Man hatte jetzt seine geregelte Arbeitszeit, was in gleicher Weise im Interesse der Angestellten wie der Prinzipale freudig zu begrüßen war. Man brauchte nicht mehr ängstlich darauf zu achten, wie lange die Konkurrenz ihr Geschäft offen hielt, man hatte am Abend noch etwas Zeit für sich zur Verfügung und war nicht mehr nur Sklave seines Geschäftes. Die gefürchteten Geschäftsschädigungen blieben aus, — denn wer kaufen will, kauft es doch. Und ist das Geschäft nicht mehr nach 9 Uhr offen, so muß der Einkauf eben vor 9 Uhr geschehen. Da alle Geschäfte zur gleichen Zeit schließen müssen, kann in dieser Beziehung ein Geschäft das andere nicht schädigen. Und so blieb es. Bald gab es nur eine Stimme, und diese lautete:

der frühere Geschäftsschluß ist ein Segen.

Es ist genau wie bei der so heftig bekämpften Sonntagsruhe. Erst wollte man von ihr nichts wissen, — und jetzt? Man veranstalte einmal eine Rundfrage, ob sich die Geschäftsinhaber die Sonntagsarbeit in unbeschränktem Umfange und den unbehinderten Ladenschluß zurückwünschen. Einmütig wird die Antwort lauten: Nein.

Sehr bald ging man in einzelnen Orten noch einen Schritt weiter. Als man sah, wie sehr sich der frühere Ladenschluß bewährte, ging man dort, wo es die örtlichen Verhältnisse zuließen, immer mehr zum 8 Uhr-Ladenschluß über. Hier waren die treibenden Kräfte speziell die Angestellten, die es verstanden, auch einen großen Teil der Chefs für sich zu gewinnen. Denn da für den 8 Uhr-Ladenschluß Zweidrittelmajorität der beteiligten Geschäftsinhaber vorgeschrieben ist, so liegt ja naturgemäß die Entscheidung bei den Prinzipalen. Von Jahr zu Jahr führten mehr Städte und Gemeinden den 8 Uhr-Ladenschluß ein. Jetzt gibt es bereits in über

850 Städten und Gemeinden den 8 Uhr-Schluß.

Zum Teil ging diese Einführung nicht ohne heftige Kämpfe vor sich. Aber auch diese Widerstände hat man überwunden, und wir hören von überall her, wo der 8 Uhr-Schluß existiert, daß er sich glänzend bewährt und eine Wohltat für Prinzipale und Angestellte geworden ist. Man liest daher auch jeden Tag von einem neuen Felde, das sich der 8 Uhr-Schluß erobert hat. Selbstverständlich darf man gerade auf diesem Gebiete nicht schematisch verfahren, sondern muß die Bedürfnisse der Geschäftswelt im einzelnen Falle genau prüfen. Die Wünsche der Angestellten allein können für die Entscheidungen der Geschäftsinhaber unmöglich maßgebend sein. Man darf daher dort, wo dem 8 Uhr-Schluß gewichtige Bedenken gegenüberstehen, die Einführung dieses früheren Schlusses nicht überstürzen. Jedenfalls hat sich im allgemeinen — das kann jetzt bei dem zehnjährigen „Jubiläum" auf Grund von vielseitigen Erfahrungen gesagt werden — der gesetzliche Ladenschluß glänzend bewährt. Eine erfreuliche Ausnahme bei den vielen überflüssigen und schädlichen Gesetzen, die wir seitdem zum Nachteile der Geschäftswelt über uns ergehen lassen mußten.

*

Westfälische Mettwurst.

Kamen, 4. Okt. Nicht bloß der Westfale, sondern auch mancher deutsche Landsmann aus dem Süden und Osten weiß unsere treffliche westfälische Mettwurst zu schätzen. Was würde der Leser aber sagen, wenn er von westfälischer Mettwurst aus Amerika hörte? Wahrscheinlich würde er sich nicht entrüsten, sondern die contradictio in adjecto für gewollt scherzhaft halten, gerade so wie wenn in Ibsens „Gespenstern" der Dichter oder vielmehr der Uebersetzer den ungebildeten Tischler Engstrand von einem „amerikanischen Engländer" reden läßt. Doch weit gefehlt! Es kommt in Deutschland sogenannte „prima westfälische Mettwurst" zum Verkauf, zu deren Herstellung amerikanisches Fleisch verwandt wird. „Prima" — auch das noch! Die Bochumer Handelskammer ist veranlaßt worden, sich über die Zulässigkeit dieser Bezeichnung zu äußern. Selbstverständlich hat sie die Zulässigkeit verneint, da „westfälisch" eine Herkunftsbezeichnung bildet. Darüber wird man sich nur freuen, sowohl vom produzenten-Standpunkte, den jeder Angehörige der produzierenden Provinz teilt, auch ohne selbst Produzent zu sein, wie von dem des Konsumenten. Merkwürdig ist nur, daß ein Gericht da noch erst einen Gutachter hören mußte. Hier ist doch eigentlich jeder Westfale schon vor dem gerichtsmündigen Alter sachverständig.

*

!! **Kamen,** 4. Okt. **(Generalversammlung.)** Der hiesige Krieger- und Landwehrverein hielt am Sonntag abend in seinem Vereinslokale eine leider nur sehr schwach besuchte Generalversammlung ab. Eröffnet wurde die Sitzung durch den 1. Vorsitzenden mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Gegen die Fassung der dann zur Verlesung gebrachten Protokolle war nichts einzuwenden. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurden Bestellungen auf das Jahrbuch vom Vorstande entgegen genommen. 2. Kaisersgeburtstag soll am 29. Januar 1911 in der bisher üblichen Weise durch Konzert, Vorträge und Ball gefeiert werden. Von einer Beschlußfassung über gemeinschaftlichen Kirchgang wurde abgesehen, da der Besuch zu gering war. 3. Von der Tagesordnung für den am 9. Oktober in Niedermassen stattfindenden Delegiertentag des Kreisverbandes wurde Kenntnis gegeben. 4. Mit den Vorarbeiten für die ins Leben zu rufende Fechtschule, soll nach einstimmigem Beschluß der Kamerad Gustav Rumpff beauftragt werden. 5. Die Bildung von Gewehrsektionen, — jede Kompagnie 18 Mann — wurde beschlossen. Es soll diese Maßnahme verhindern, daß bei Beerdigungen von Kriegsteilnehmern nicht einmal die nötige Mannschaftszahl vorhanden ist, um den vorschriftsmäßigen Salut feuern zu können. Unter „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, daß die Fahnenträger und Fahnenoffiziere in schwarzem Gehrock, bei den entsprechenden Anlässen, zu erscheinen haben. — Sodann wurde beschlossen, daß jedes Mitglied, dem durch Wahl irgend eine Funktion übertragen ist und daß diejenigen, die eine Unterstützung beantragen, mindestens 2 Generalversammlungen im Jahre besuchen müssen. Mit einem 3fachen Hoch auf die weitere gedeihliche Entwickelung des Vereins, wurde die Versammlung geschlossen.

Kamen, 1. Okt. **(Verschiedenes.)** Der Justizausschuß hat beschlossen, daß in Zukunft Volksschullehrer sowohl **Schöffen als Geschworene** werden können.

(Eine stürmische Versammlung des Hansabundes.) In einer gestern abend in Dortmund stattgehabten öffentlichen, vom Hansabunde einberufenen Volksversammlung kam es wiederholt zu stürmischen Szenen. Zwischen dem Referenten des Abends, dem Syndikus des Verbandes deutscher Terrainineressenten Dr. Wöhler-Berlin, der den Reichswertzuwachssteuerentwurf in seiner vorgeschlagenen Fassung heftig bekämpfte, und dem „Vater des Gesetzentwurfes", dem bekannten Bodenreformer Stadtrat Dr. Voldt in Dortmund, entspann sich eine heftige Kontroverse, die sich wiederholt persönlich zuspitzte. Dr. Wöhler schlug schließlich der Versammlung folgende Entschließung zur Beschlußfassung vor:

„Es wird dringend gebeten, nur eine solche Reichswertzuwachssteuer anzunehmen, bei der die Gewinn- und Verlustrechnung kaufmännischen Grundsätzen entspricht und bei der im Interesse des Mittelstandes kleine Objekte und verhältnismäßig kleine Gewinne überhaupt unberührt bleiben."

Die Abstammung ergab das überraschende Resultat, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der Versammlungsbesucher die Resolution ablehnte und dafür folgender Entschließung zustimmte, die Stadtrat Dr. Voldt eingebracht hatte:

„Die aus allen Ständen und Parteien stark besuchte Versammlung bittet den Reichstag dringend, sobald als möglich im Interesse des Reichs und der Gemeinden ein Reichswertzuwachssteuergesetz anzunehmen. Die Steuer ist so zu gestalten, daß mäßige Gewinne, welche seßhafte Hausbesitzer und Grundbesitzer nach längerer Eigentumsdauer erzielen, in weitgehender Weise geschont werden. Dagegen sind die hohen Gewinne, welche von der Terrainspekulation, dem unbebauten Grundbesitz und dem Grundeigentum in Geschäftsstraßen in aufstrebenden Gemeinden erzielt werden, kräftig zu besteuern, damit anderweitige drückende Steuerlasten, welche die erwerbstätige Bevölkerung und insbesondere die Minderbemittelten treffen, vermieden werden."

Diese Entschließung soll den Mitgliedern des Reichstages, dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes und dem Reichskanzler zugestellt werden.

An dem Bannerwettkampf der höheren Schulen Westfalens, der am vergangenen Sonnabend am Fredenbaum in Dortmund ausgefochten wurde, hat auch eine Mannschaft unseres Realgymnasiums i. E. teilgenommen. Da nach der Verfügung des Königl. Provinzialschulkollegiums jede Anstalt der Provinz 12 Kämpfer stellen mußte, diese aber bei den Nichtvollanstalten nur der Untersekunda oder Obertertia angehören durften, war die Auswahl für unsere Anstalt nicht groß. Trotzdem aber hat sich die hiesige Mannschaft sehr wacker gehalten, denn nur von der Realschule mit Realprogymnasium i. E. in Langendreer, der das Banner für die Nichtvollanstalten zufiel, ist sie geschlagen worden, und das auch nur um 7 Punkte. — Auch in einem Faustballspiel vermochte die Oberrealschule Bochum, die bereits 4 Vollanstalten glänzend besiegt hatte, gegen die Kamener Mannschaft nur einen dürftigen Sieg zu erringen. — Die anderen Schüler der Anstalt hatten schulfrei und machten unter Leitung ihrer Klassenlehrer Ausflüge in die nähere Umgebung.

Der Schornsteinfegermeister Herr Hilburg von hier ist für den Schornsteinfegerbezirk Röhlinghausen (Amt Wanne) **gewählt** und von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden. Herr Hilburg wird seinen neuen Posten bereits am 1. November antreten.

(Steuerermäßigung und Wahlrecht.) Der § 20a des Einkommensteuergesetzes bestimmt, „daß die Steuerermäßigungen wegen Gewährung des Unterhalts an Kinder und sonstige Angehörige, sowie wegen schlimmer wirtschaftlicher Verhältnisse (§ 19, 20 des Einkommensteuergesetzes) bei Berechnung der Steuerbeträge für Wahlzwecke außer Betracht zu bleiben haben." Die Gemeindeverwaltungen haben nun vielfach den § 20a so verstanden, daß nur die erhöhte Staatssteuer, die Gemeindesteuer jedoch nur in dem wirklich bezahlten Betrage angerechnet wird; die Vergünstigung soll also nach dieser Auffassung nur bezüglich der Staats-, nicht aber hinsichtlich der Gemeindeeinkommensteuer Geltung haben. Allen Zweifeln ist jetzt, wie das Aachener „Echo der Gegenwart" mitteilt, durch die nachfolgende Ministerialentscheidung der Boden entzogen worden: Auf das gefl. Schreiben vom 27. Juli cr. wird Ihnen ergebenst erwidert, daß Anwendung des § 20a des Einkommensteuergesetzes auch die Ermäßigungen der Kommunalsteuerzuschläge, welche infolge der nach den §§ 19, 20 l. c. für die Staatseinkommensteuer gewährleisteten Ermäßigungen einzutreten haben, bei der Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke außer Betracht zu lassen sind. — Der Minister des Innern. Der Finanzminister.

Die Reichspost hat angeordnet, daß die Benutzung einseitig befestigter, d. h. freischwebender Fahnen zu Paketaufschriften nur noch dann zulässig sei, wenn die Aufschrift an dem Paket auf andere, sichere Weise nicht angebracht werden kann, daß die Fahnen in diesem Fall aber an den Paketen so befestigt sein müssen, daß sie nicht verloren gehen können. Dieser Anordnung des Reichspostamts liegt die Wahrnehmung zugrunde, daß Pakete, deren Aufschrift auf freischwebenden Fahnen angebracht ist, besonders häufig ihre Aufschrift unterwegs verlieren, weil solche Fahnen leicht durch andere Pakete losgerissen werden. Dem Publikum kann daher nur dringend angeraten werden, die Benutzung von Fahnen zu Paketaufschriften auf die wirklich unvermeidbaren Fälle zu beschränken, die Fahnen dann aber an beiden Schmalseiten möglichst haltbar zu befestigen. Das gilt namentlich von Postsendungen mit Geflügel und Wild.

In der Woche vom 18. bis 24. September sind im Landkreise Hamm folgende **Krankheits- und Todesfälle** zur Anmeldung gekommen: Erkrankungen an Scharlach 8 (je 2 Unna, Dellwig, je 1 Fröndenberg, Heeren, Niedermassen, Obermassen), Typhus 1 (Berge); Todesfälle durch Krämpfe 1 (Lenningsen), Lungenentzündung 1 (Kamen), Magen- und Darmkatarrh 6 (2 Unna, je 1 Obermassen, Berge, Mühlhausen, Altenbögge), Tuberkulose 1 (Kamen), aus anderer Ursache 10.

Heeren-Werve, 4. Okt. **Am 1. Oktober** trat Herr Hauptlehrer Brüggemann nach fast dreißigjähriger Wirksamkeit in den Ruhestand. Er hat ein Eigentum in seiner Vaterstadt Unna erworben. Möge dem Scheidenden ein langer und schöner Lebensabend beschieden sein!

Heeren-Werve, 4. Okt. **(Zum Kirchenbau.)** Der im alten Stile wieder aufgebaute und um 6 Meter höhere Kirchturm unserer evangelischen Kirche wurde vor einigen Tagen gerichtet. Die Kirche wird außerdem bedeutend vergrößert und wird dann für lange Zeit ausreichen. Am 14. Dezember soll der ganze Bau fertig sein.

Heeren-Werve, 4. Okt. **(Vortrag.)** Am vergangenen Sonntag hielt Herr Pastor Wolf aus Bethel im Evangel. Arbeiterverein einen interessanten und ausführlichen Vortrag über das Leben und Wirken des verstorbenen Vater Bodelschwingh in Bethel.

Werne, 4. Okt. **Der Provinzialausschuß** der Provinz Westfalen genehmigte in seiner Sitzung vom 20. v. Mts. den mit der Stadt Werne abgeschlossenen Vertrag wegen Uebernahme der Chaussee von Werne nach Kamen auf den Provinzialverband. Hiernach geht das Eigentum, die Verwaltung und Unterhaltung der Chaussee mit dem 1. April 1911 auf die Provinz über gegen eine von der Stadt Werne zu zahlende Rente von 3900 ℳ jährlich, und nachdem die Chaussee durch die Stadt Werne gründlich instand gesetzt ist. Zu den Kosten dieser auf 54 000 ℳ veranschlagten Instandsetzung wird ein Viertel der Kosten, = 13 500 ℳ, seitens der Provinz bewilligt.

(!) **Dortmund,** 3. Okt. **(Verschiedenes.)** Der Kaufmann Ernst Kienlien, der sich auf der Durchreise befand und mehrere Tage in dem Gasthofe „Stadt Dortmund" gewohnt hatte, machte im Kaiser Wilhelm-Ham einen **Selbstmordversuch.** In der Nähe der beiden Teiche jagte er sich 4 Revolverschüsse in die Brust, ohne sich jedoch lebensgefährlich zu verletzen. Der Grund des Selbstmordversuches scheint in Familienzwistigkeiten zu suchen zu sein.

Im Hause Inselstraße 8a vollzog sich Sonntag mittag gegen 12 Uhr eine **schreckliche Bluttat.** Die im genannten Hause (Hinterhause) bei ihrer Mutter, der Witwe Loebbecke, wohnende 23 Jahre alte Wilhelmine Loebbecke hatte mit dem Schlosser Eduard Bally, 27 Jahre alt, Juliusstraße 9, ein Liebesverhältnis; das standesamtliche Aufgebot war bereits in die Wege geleitet. In der Nacht zum Sonntag hatte zwischen dem Bally, der sehr eifersüchtig war, und seiner Verlobten eine ziemlich heftige Auseinandersetzung stattgefunden. Sonntag gegen Mittag suchte er seine Verlobte wieder in ihrer mütterlichen Wohnung auf. Man war anfänglich ganz gemütlich und guter Dinge, als plötzlich Bally seine Verlobte auf die Seite rief und sie ohne weiteres mit einem wohlgezielten Schusse zu Boden streckte, dann jagte er sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Während bei Bally der Tod nach kurzer Zeit eintrat, zeigten sich bei der Loebbecke noch länger Lebenszeichen. Sie wurde auf polizeiliche Anordnung znm Luisenhospital geschafft, dürfte jedoch schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Ueber eine Revolver- und Messeraffäre, bei der vier der Beteiligten schwer verletzt wurden, werden der „D. Zt." folgende Einzelheiten gemeldet: In der Wirtschaft Schulte, Oestermärschstr. 47, provozierten in der Samstag nacht ½12 Uhr mehrere Gäste mit dem Wirt einen Streit, weil ihnen dieser kein Bier mehr verabfolgen wollte. Es bildeten sich zwei Parteien, die sich bald in einer wüsten Schlägerei gegenüberstanden. Die vom Wirt zurückgewiesenen Trunkenbolde gerieten in solche Wut, daß sie zum Revolver griffen und mehrere Schüsse auf ihre Gegner abfeuerten: auch mit gezückten Dolchen drangen sie auf diese ein. Vier Personen wurden schwer verletzt und mußten sofort ins Luisenhospital übergeführt werden, da bei ihnen ein großer Blutverlust sich einstellte. Die Rowdies verließen nun das Lokal, machten aber auf der Straße einen großen Skandal und warfen aus Rache sämtliche Fensterscheiben der Schultesehen Wirtschaft ein; ferner wurden sämtliche Türen von ihnen demoliert. Die Polizei verhaftete die Täter; es kommen vier Personen in Frage.

Die 27 Jahre alte Ehefrau Strinker brach bei einem in der Wiesenstraße in einem Privathause veranstalteten Tanz in der Freitag-Nacht zusammen und wurde **als Leiche davongetragen.**

(?) **Herne,** 3. Okt. **(Polizei und Buchmacher.)** Allenthalben geht die Polizei scharf gegen das Buchmachertum vor. Schon vor einiger Zeit ist bei der Bochumer Staatsanwaltschaft Anzeige über das in gewissen Herner Kreisen getriebene unerlaubte Wetten gemacht worden. Die Kriminalpolizei hat inzwischen genügend Material gesammelt, um den entscheidenden Schlag zu führen. Donnerstag begaben sich ein Kommissar und mehrere Kriminalschutzleute in das betreffende Lokal, in dem der Beauftragte eines Bochumer Buchmachers Wetten entgegennahm. Etwa 18 Herner aus besseren Ständen wurden, wie man der „Herner Zetiung" mitteilt, nacheinander festgestellt, als sie zum Abschluß des „Geschäfts" das Lokal besuchten. Als man hinreichend Zeugen besaß, wurden der Vertreter des Buchmachers und ein zweiter Herr zum Zwecke der Feststellung des Sachverhalts und der Personalien verhaftet. Der Vorfall erregt allgemeines Aufsehen.

Bochum, 1. Okt. **(Betondecke eingestürzt.)** Bei dem Fabrikneubau auf der Joachim-Straße, wo die Firma Arnold eine Kartonnagenfabrik errichten wollte, stürzte gestern morgen 10 Uhr die Betondecke vom 2. zum 1. Stock ein. An der Unfallstelle waren etwa 30 Arbeiter beschäftigt. Da der Einsturz sich durch vorhergehendes Knistern bemerkbar machte, wurden die Arbeiter aufmerksam. Mehrere stießen Warnungsrufe aus und suchten das Weite, bis auf zwei Personen, welche verletzt wurden. Der Materialschaden ist sehr bedeutend; er wird auf zirka 10 000 Mk. geschätzt. Die Arbeiter, die sich auf den Pfeilern der oberen Stockwerke in Sicherheit gebracht hatten, mußten mit Leitern heruntergeholt werden.

(?) **Bochum,** 3. Okt. **(Ein Bauunglück vor Gericht.)** Am Nachmittag des 8. Juli stürzte bei Abbrucharbeiten an dem Hackerschen Hause auf de Hellwegstraße eine 7 Meter lange und 3 Meter hohe Frontmauer ein. Ein Schachtmeister und zwei Zimmerleute, die mit der Forträumung von Schuttmassen beschäftigt waren, wurden von den Steintrümmern begraben. Der Schachtmeister Richard Eickmann wurde nur geringfügig verletzt. Die Zimmerleute Miller und Schuhmacher wurden mit schweren Knochenbrüchen aus den Trümmern hervorgeholt. Sie wurden in das Krankenhaus geschafft. Dort befinden sie sich heute noch. Jetzt hatte das Bauunglück ein Nachspiel vor der Strafkammer. Der gleichfalls zu Schaden gekommene Schachtmeister Richard Eickmann, der die Niederlegung des Hauses auf eigene Rechnung bewerkstelligte, hatte sich wegen Außerachtlassung der baupolizeilichen Vorschriften und wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Frontmauer, die vollständig frei dastand, zwar gesichert worden ist. Nach Ansicht der Bausachverständigen waren die getroffenen Vorkehrungen jedoch völlig unzureichend. Das Gericht nahm den angeschuldigten Schachtmeister in eine Geldstrafe von 60 Mark.

(?) **Bochum,** 3. Okt. **(Den Pflegevater mit dem Brotmesser erstochen.)** Die Kunde von einer furchtbaren Bluttat durcheilte in den Abendstunden des 24. Juni d. Js. die Nachbargemeinde Riemke. In dem genannten Ort hatte der 24 Jahre alte Bergarbeiter Bernhard Wolter ring seinem Pflegevater, dem Bergmann Theodor Steindel, nach vorausgegangenem Streit mit einem Brotmesser so furchtbare Stichwunden beigebracht, daß Steindel bald nachher an den Folgen dieser Verletzungen starb. Die Veranlassung zu der schrecklichen Bluttat ist in unglücklichen Familienverhältnissen zu suchen. Freitag hatte sich Wolter ring wegen Körperverletzung mit Todeserfolg vor

dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte ist der Adoptivsohn der Frau des getöteten Steindel, die ihn kurz nach ihrer ersten Verheiratung an Kindesstatt angenommen hat. Vor etwa 15 Jahren ging die Pflegemutter eine zweite Ehe mit dem Bergmann Steindel ein. Diese Ehe ist eine äußerst unglückliche gewesen. Frau Steindel und dem Pflegesohne, der die Partei der Mutter nahm, bestand ein sehr gespanntes Verhältnis. Der junge Mann verließ mehrere male das Haus und suchte bei anderen Leuten Unterkunft. Davon, daß seine Adoptivmutter von ihrem zweiten Manne oft geschlagen wurde, hatte Woltering nichts erfahren. Frau Steindel hatte ihm dies verheimlicht, weil sie neue Streitigkeiten befürchtete. Erst von Nachbarn hörte er, daß sein Pflegevater die Mutter mißhandele und sich in gehässiger Weise über ihn ausspreche. Als Woltering am Tage der Tat, einem Lohntage, in etwas angetrunkenem Zustande die elterliche Wohnung betrat, fiel ihm dies plötzlich wieder ein. In seinem Aerger rüttelte er heftig an den Küchenherd, so daß dieser umstürzte und die Kochtöpfe auf den Fußboden fielen. Wegen dieses Vorfalles, den der Getötete und dessen Bruder Ferdinand, die gerade von einem Spaziergange heimkehrten, von weitem wahrgenommen haben sollen, gerieten Steindel und der Angeklagte in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf Woltering von seinem Pflegevater mehrere male geschlagen wurde. Sinnlos vor Wut rannte Woltering in das Haus, ergriff ein auf dem Küchentisch liegendes Brotmesser, und mit den Worten: „Das hast Du nicht umsonst getan!" stach er auf den Pflegevater ein. Steindel brach, durch Stiche in den Kopf lebensgefährlich verletzt, bewußtlos zusammen. Man trug ihn blutüberströmt ins Haus. Dort erlag er bald nachher seinen furtchbaren Verwundungen. In der Verhandlung wurde dem Angeklagten, der seine Tat ernstlich bereut, ein gutes Leumundszeugnis ausgestellt. Auf Grund der Beweisaufnahme sprachen ihn die Geschworenen im Sinne der Anklage schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte daraufhin den Angeklagten zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

** **Krefeld,** 1. Okt. **(Eine Aussperrung in der Seidenindustrie.)** Der Arbeitgeberverband der Rheinischen Seiden-Industriellen beschloß in seiner Freitag nachmittag in der hiesigen Handelskammer abgehaltenen Generalversammlung einstimmig, die allgemeine Sperre über die sämtlichen Seiden-Industriearbeiter Krefelds in 14 Tagen zu verhängen. Er ist damit über die Satzungsbestimmungen, wonach erst eine Teilsperre eintreten kann, hinausgegangen. Von der allgemeinen Sperre werden im Ernstfalle 15 000 Arbeiter betroffen, wenn die Arbeiter der Firma Karl Eiffländer die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen.

H **Köln,** 3. Okt. **(Eisenbahnunfall.)** In der Sonnabend-Nacht gegen 12½ Uhr sind infolge falscher Weichenstellung am Nordende des Verschiebebahnhofs Köln-Eifeltor zwei Güterzüge zusammengestoßen. Eine Maschine und ein Wagen sind entgleist und teilweise beschädigt worden. Ein Lokomotivführer und ein Heizer erlitten unbedeutende Verletzungen. Der Betrieb ist nicht gestört.

Luftschiffahrt.

Der Flug Trier—Metz.

Freitag mittag hatten sich nur wenige Zuschauer auf dem Flugplatz in Trier eingefunden, da niemand daran glaubte, daß bei dem herrschenden Regenwetter Flüge stattfinden würden. Es überraschte allgemein, als um 4,50 Uhr die Meldung einlief, Thelen habe die Fahrt von Metz nach Trier angetreten. 9 Minuten später trat Engelhardt, der 3 schöne Flüge ausgeführt hatte, die Reise von Trier nach Metz an, allerdings ohne Mitfahrer. Thelen mußte bald hinter Metz bei Hauconcourt wegen Motorschadens landen. E. wurde 6,25 Uhr über Metz in bedeutender Höhe gesichtet.

Der neue deutsche Ueberlandflug.

Der geplante neue Ueberlandfernflug ist auf der Strecke Aachen—Berlin beabsichtigt und wird vom Deutschen Luftschifferverband organisiert. Die grundlegenden Normen sind bereits durch Herrn Professor Dr. Bamler (Essen), Hauptmann Hildebrandt (Berlin) und Direktor Müller (Charlottenburg) festgesetzt. Der Flug wird die Städte Aachen, Köln, Düsseldorf, evtl. auch Essen, Dortmund, Hamm, Münster, Osnabrück, Hannover, Braunschweig, Magdeburg berühren und in Berlin-Johannistal enden.

Aus aller Welt.

— **Terrorismus der Milchhändler.** Der Zentralverein der Milchhändler hatte mehreren nicht angeschlossenen Lieferanten in Hamburg ein Schreiben zugehen lassen, daß sie zahlungsunfähig gemacht werden würden, wenn sie weiter Milch an billiger verkaufende Händler liefern wollten. Die bedrohten Milchhändler strengten hierauf eine Klage wegen Erpressung an. Der Staatsanwalt bezeichnete das Vorgehen des Verbandes als Terrorismus. Die 13 Mitglieder des Ausschusses wurden zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt und der Sekretär, der den Brief geschrieben hat, wegen Beihilfe zu zwei Tagen Gefängnis.

— **Schiffskollision auf der Unterelbe.** Der aus England einkommende Dampfer „Chester" geriet bei Brunsbüttel mit dem aus dem Kaiser-Wilhelm-Kanal kommenden schwedischen Dampfer „Juno" in Kollision und wurde so schwer beschädigt, daß er auf Grund gesetzt werden mußte. Mehrere Schleppdampfer und Leichterfahrzeuge sind zur Unfallstelle abgegangen, um die Ladung zu bergen.

— **Ueber das schwere Automobilunglück,** das sich in Sandhofen bei Mannheim ereignete, ist noch zu berichten: Das Automobil, das eingefahren wurde, kam in sausender Fahrt die Straße von Käferthal her, die zu solchen Fahrten gern benutzt wird. In der Nähe der sogenannten Kolonie, einer Ansiedlung von Arbeiterhäusern, lief einn Kind über die Straße, während die Frau des Fabrikarbeiters Heinz mit ihren zwei Kindern im Grase saß. Der Chauffeur bremste, um das Kind nicht zu überfahren, der Wagen kam ins Schleudern, rannte gegen eine Telephonstange und fiel dann, sich überschlagend, auf die im Grase sitzende Gruppe. Das 4½ Jahre alte Kind wurde sofort getötet. Die Frau und das 12 Jahre alte Mädchen wurde schwer verletzt. Die Frau erlitt einen Beckenbruch, Arm- und Beinbrüche und eine so schwere Quetschung des Unterleibes, daß die Eingeweide hervortraten. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Dem 12jährigen Mädchen sind beide Beine gebrochen. Der unglückliche Ehemann und Vater, Fabrikarbeiter Heinz, der aus Ollmütz stammt, hat noch 6 Kinder. Von den Insassen des Autos, die in weitem Bogen aus dem Auto geschleudert wurden, blieb der Chauffeur schwer verletzt, während einem Monteur drei Finger abgequetscht wurden. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Chauffeur Peter Nacgele, ein Mann von 27 Jahren, wurde verhaftet. In der Bevölkerung herrscht große Aufregung und eine starke Entrüstung gegen die Automobilisten.

— **Ungetreuer Angestellter.** In der Wiesbadener Kapselfabrik von Fehr-Flach sind Unterschlagungen von etwa 20 000 Mk. durch einen Buchhalter verübt worden, der Lohnauszahlungen an Arbeiter verbuchte, die im Betrieb gar nicht angestellt sind. Der betr. Buchhalter soll flüchtig geworden sein.

— **Ueberfall auf einen Schutzmann.** Ein in der Bahnhofswache des Hauptbahnhofes zu Frankfurt a. M. stationierter Schutzmann wurde beim Transport von Feldfreblern von einigen Burschen angegriffen und derart schwer mißhandelt, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Einen der Täter konnte man bereits verhaften, den anderen ist man auf der Spur.

— **Ein Wüstling.** Der 39 Jahre alte Zementarbeiter Heinrich Viehmann aus Offenbach bei Frankfurt a. M. wurde wegen Blutschande, begangen an seinen beiden minderjährigen Töchtern, verhaftet und dem Gericht zugeführt. Viehmann hat sich seit mehreren Jahren an seinen beiden Töchtern vergangen. Der Verhaftete ist bereits wegen desselben Deliktes vorbestraft.

— **Die Schadenersatzansprüche** der Gäste des Karerseehotels. Vor dem Meraner Bezirksgericht wurde über die sechzehn Klagen der Gäste des abgebrannten Karerseehotels auf Schadenersatz wegen ihrer verbrannten Effekten verhandelt. Die eingeklagte Summe beträgt 130 000 Kronen. Alle Klagen wurden zur gemeinsamen Verhandlung auf den 2. November vertagt und das Verfahren vorläufig auf den Rechtsgrund der Klagen eingeschränkt.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau, Æ = Privattelegramm.

Die Riesen-Aussperrung der Metallarbeiter.

Die Riesenaussperrung in der Metallindustrie scheint unabwendbar. In der gestrigen Versammlung der Metallarbeiter, in der 3000 Personen anwesend waren, erstattete der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Hamburg, Otto Franz, den Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung und der Verhandlungen. Diese haben, so führte der Redner aus, kein Ergebnis gehabt. Die Vertreter der Metallarbeiter hätten den Vertretern der Metallindustrie erklärt, daß sie der Aussperrung mit Ruhe entgegensehen. Die Aussperrung wird daher am 8. Oktober beginnen. Es wurde von der Versammlung beschlossen, daß die zur Aussperrung kommenden 60% für die Dauer von 14 Tagen auf die Unterstützung verzichten. Die in Arbeit bleibenden 40% haben jede Woche einen Tagelohn an den Streikfonds abzuführen. Auf die Annahme von Unterstützungen aus anderen Verbänden würde vorläufig verzichtet werden. Die Angestellten und Beamten des Verbandes werden ein Monatsgehalt der Streikkasse zuführen. Der Redner Franz gab bekannt, daß die Unterstützungen für die Streikenden und Ausgesperrten während der bisherigen Dauer des Streiks bezw. der Aussperrung zum großen Teile aus den laufenden Beiträgen gezahlt werden. Die Versammlung dauerte ½ Stunde. In der Mehrheit der deutschen Metallindustrie erfolgt also am kommenden Sonnabend die Aussperrung. In Berlin allein werden 75- bis 100 000, in ganz Deutschland 300- bis 400 000 Metallarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Anwesenden gaben zu den Ausführungen des Redners mit lautem Beifall ihre Zustimmung zu erkennen. Die Versammelten zerstreuten sich nach Schluß in aller Ruhe und ziemlich schnell.

*

In der Maschinenfabrik von Heidenreich & Harbeck in Hamburg legten 160 Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie behaupteten, sie würden mit Streikarbeit beschäftigt. Trotzdem der Geschäftsinhaber erklärte, daß dies keine Streikarbeit sei und den Arbeitern die Firma nannte, für die die Arbeiten bestimmt seien, wurde der Streik proklamiert.

Die Lage in Moabit.

H **Berlin,** 3. Okt. Der gestrige Sonntag verlief in Moabit in vollständiger Ruhe. Der Verkehr war zwar stärker als sonst, weil viel Neugierige kamen, um sich den Schauplatz der Unruhen anzusehen, doch kam es nirgends zu Ansammlungen oder Aufläufen, sodaß bereits um 9 Uhr abends der größte Teil der Schutzmannschaft entlassen werden konnte. Um 11 Uhr wurden dann die übrigen Schutzleute bis auf die ständigen Polizeipatrouillen entlassen. Man hatte auch gestern wieder davon abgesehen, die Wirtschaften in dem gefährdeten Teil von Moabit zu schließen; sie durften sämtlich die gewöhnliche Polizeistunde einhalten. Für heute sind außer den stets kommandierten Schutzleuten nur noch 40 Mann Verstärkung als Reserve befohlen worden. Die Tumulte haben nun doch ein Menschenopfer gefordert. Der Arbeiter Macholowski ist an einem Schädelbruch gestorben, der durch einen stumpfen Gegenstand herbeigeführt sein kann. Es ist möglich, daß Macholowski in dem Aufruhr einen Säbelhieb über den Kopf erhalten hat. Die Zahl der wegen der Moabiter Ausschreitungen dem Untersuchungsrichter bis jetzt vorgeführten Personen beträgt 42. Gestern wurden wieder zwei junge Leute verhaftet, die, wie durch Zeugen festgestellt worden ist, Laternen zertrümmert, aufreizende Reden gehalten und durch falschen Alarm die Feuerwehr gerufen haben.

Nationalliberaler Parteitag.

H **Kassel,** 3. Okt. Der nationalliberale Parteitag wurde gestern geschlossen. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht.

Von Wilderern erschossen.

Æ **Gleiwitz,** 3. Okt. Der Amtsrichter Siebe von hier wurde gestern morgen im benachbarten Czerintzer Forst von Wilderern erschossen.

Arbeiter-Manifestationen gegen die Fleischteuerung.

Æ **Wien,** 4. Okt. Die organisierten Arbeiter versammelten sich Montag abend gegen ½10 Uhr auf dem Schwartzenbergplatz und zogen an der Hofburg und dem Parlament vorbei zum neuen Rathaus, wo die sozialdemokratischen Abgeordneten Adler, Schuhmeier und Winarsky an die Menge Ansprachen hielten, in denen gegen die Agrarpolitik der Regierung protestiert und die Oeffnung der Grenzen für die freie Vieh- und Fleischeinfuhr gefordert wurden. Dem sozialdemokratischen Manifestanten hatte sich ein kleines Aufgebot von Bürgerlichen, vor allem die Reichsgenossenschaft der österreichischen Hausfrauen, von der etwa 200 Damen erschienen waren, angeschlossen.

Automobil-Unglück.

W **Wien,** 3. Okt. In Mürzzuschlag fuhr heute ein Automobil mit 5 Insassen in voller Fahrt in die geschlossene Bahnschranke hinein. Der Lenker des Fahrzeuges, ein Fabrikant aus Wien und ein Kaufmann aus Konstantinopel wurden schwer, zwei andere Insassen leicht verletzt.

Ballonsturz aus 2500 Meter Höhe.

H **London,** 3. Okt. Ein Ballon, in dessen Gondel sich 4 Personen befanden, darunter eine Künstlerin, der vom Kristall-Palast nachmittags aufgestiegen war, stürzte in der Nähe der Gemeinde Roydon, Grafschaft Essex, aus einer Höhe von 2500 Meter infolge Versagens des Sicherheitsventils nieder. Die Gondel flog auf einen Baum, der vollständig zersplittert wurde. Diesem Zustand ist es zuzuschreiben, daß die Insassen nicht getötet wurden. Die Künstlerin wurde schwer verletzt, ebenso erlitten die übrigen Insassen schwere Verletzungen. Am schlimmsten kam ein Herr Kerr davon, an dessen Aufkommen gezweifelt wird.

Räuberischer Ueberfall auf einen italienischen Grafen.

H **Rom,** 3. Okt. Graf Caen, ein Großgrundbesitzer, ist gestern auf einer Automobilfahrt von seinem Gut zur Bahn durch bewaffnete Briganten, die den Weg durch Steinquadern versperrt hatten, ausgeplündert worden. Da den Briganten die Beute nicht genügte, befahlen sie dem Chauffeur, alles verfügbare Geld aus der Villa herbeizuholen und behielten den Grafen als Geisel zurück. Der Chauffeur brachte 2000 Lire, worauf der Graf freigelassen wurde.

Die Mailänder Flugwoche.

H **Mailand,** 3. Okt. Der gestrige letzte Tag der Mailänder Flugwoche verlief unter ungeheurem Zulauf des Publikums. Etwa 150 000 Personen waren anwesend. Den großen Preis für den Schnellflug gewann Cattaneo auf Bleriot, der 100 Kilometer in einer Stunde 8 Min. 58 Sek. zurücklegte. Den Höhenpreis mit 2150 Meter errang Legagneux. Das Befinden des vorgestern abgestürzten Aviatikers Dickson hat sich etwas gebessert. Das Bewußtsein ist wieder zurückgekehrt, doch dauert die Lebensgefahr fort.

30 Matrosen ertrunken.

H **Newyork,** 3. Okt. Bei der Rückkehr der Landurlauber von dem Schlachtschiff „Newhapshire" kenterte ein von einer Dampfbarkasse geschlepptes Boot mit 90 Mann auf dem Hudson. Trotz dem sofortigen Herbeieilen anderer Barkassen und Rettungsboote ertranken 20 bis 30 Matrosen. Der Kommandoführer war eine Stunde im Wasser, um den Leuten beizustehen. Er liegt jetzt im Hospital infolge der Anstrengungen schwerkrank darnieder.

H **Newyork,** 3. Okt. Zu der Bootkatastrophe wird noch gemeldet, daß die Zahl der Toten sich auf 20 beläuft, ebenso kann sich die Zahl auch auf 50 belaufen, da man nicht genau weiß, wieviel Matrosen das Boot benutzt haben, um an Bord des Kreuzers zurückzukehren.

W **Newyork,** 3. Okt. Nach einer amtlichen Erklärung beträgt die Zahl der bei dem Bootsunfall in Hudson im Hudsonfluß ertrunkenen Matrosen 29. Es besteht die Möglichkeit, daß 18 Matrosen, die noch vermißt werden, ebenfalls sich auf dem Dampfboot befanden.

Standesamt Pelkum.

Vom 1. bis 15. September 1910.

Vermählte: Bergm. K. Zwarg u. Berta Born, Rünthe; Wirt H. Milk u. Frieda Schnübbe, Herringen u. Wiescherhöfen; Lokomotivheizer erster Klasse J. Teckhaus u. Klara Milk, Osterfeld u. Herringen; Anstreicher H. Rinigbeck u. Karoline Münnig, Herringen; Bäcker H. Köckler und Ida Keitmann, Lerche u. Oespel; Bergm. W. Jahn u. Wilhelmine Knapp, Overberge; Bergm. H. Behring u. Luise Höner, Rünthe; Zechenarb. H. Eckmann u. Dorothea Kleimann, Pelkum.

Geboren: Ein Sohn den Nachbenannten: Drahtzieher F. Kinmöller, Wiescherhöfen; Bahnarbeiter H. Middendorf, Wiescherhöfen; Bergm. A. Hunka, Wiescherhöfen; Bergm. K. Wolff, Rünthe; Bergm. F. Fiedler, Rünthe; Bergm. A. Barth, Overberge; Bergm. W. Stratmann, Pelkum; Bergm. L. Fischer, Wiescherhöfen; Bergm. F. Guth, Wiescherhöfen; Bergm. J. Domenis, Wiescherhöfen; Bergm. K. Sommer, Rünthe; Bergmann W. Wittler, Overberge. — Eine Tochter den Nachbenannten: Bergm. L. Osolnik, Wiescherhöfen; Bergm. A. Andrejewski, Pelkum; Bergm. F. Obermann, Herringen; Platzarb. J. Wiesniewski, Wiescherhöfen; Pächter A. Bergmann, Pelkum; Schlosser H. Nordhaus, Wiescherhöfen; Fabrikarb. H. Niggemann, Wiescherhöfen.

Gestorben, F. Herrmann, Pelkum, 2½ M.; Margarethe Kirmse, Rünthe, 9½ M.; Elfriede Obermann, Herringen, 7 T.; Ehefrau Wilhelmine Pruß geb. Borgmann, Rünthe, 35 J.; Kötter A. Wächter, Overberge, 62 J.

560
TET
PACKUNG
Beste Verpackung für Cakes u. Biscuits
H. Bahlsens Cakesfabrik, Hannover.

Fleischteuerung und Maggi's Würze. An Stelle teuren Suppenfleisches kauft man gute Suppenknochen, kocht diese unter Beigabe der üblichen Suppenkräuter gut aus, seiht die Brühe durch und kräftigt beim Anrichten nach Geschmack mit Maggi's Würze.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Kamen.

Einen Pfennig
kosten
zwei Tassen des altbewährten Kathreiners Malzkaffee.
Bedenken Sie dabei,
daß Kathreiners Malzkaffee gesund ist,
daß Kathreiners Malzkaffee ein feines Aroma hat,
daß Kathreiners Malzkaffee einen ausgezeichneten Geschmack besitzt,
daß Kathreiners Malzkaffee von immer gleicher Güte und Reinheit ist.
„Der Gehalt machts!"
1301

5% Rabatt

Kaiser's Kakao

garantiert rein und leicht löslich,

billig, nahrhaft,

bekömmlich, wohlschmeckend

Mk. 1.– bis Mk. 2.40 das Pfund.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Fabriken in Viersen, Dülken, Spandau, Breslau, Heilbronn, Basel.

Ueber 1000 Filialen!

Ueber 1000 Filialen!

Filialen in **Kamen,** Weststr. 4, **Hamm i. W.,**
Dortmund und **Unna.** !1285

---

1 Waggon feinster Tafel-Aepfel

ist heute eingetroffen.

Graue Reinetten, Goldreinetten, Goldparmänen, Stettiner Haferäpfel, Seidenhähnchen, roter Kardinal, Paradiesäpfel und andere.

Feine Tafel-Birnen Pfund **18** Pf.

Gebrüder Wolff, Kamen.

Technikum

Hochbau. Maschinenbau, Zieglerschule, Heizerschule,

1311 Elektroschule.
Beginn 3. Novemb.
Vorunterricht Okt.
Satzungen kostenfrei.

Lemgo i. L.

Orchestrion-Gelegenheitskäufe,
auch z. Miete. Bei Kauf Anrechnung d. Miete. Auswahl 60 Werke. 116
Carl Schmitt, Hagen i. W. Tel. 250.

Wybert-Tabletten
Schützen Sie vor
HUSTEN HEISERKEIT KATARRH

Allen Personen, die ihre Stimm-Organe anstrengen müssen, gewähren **Wybert-Tabletten** sicherstes Schutz vor Ermüdung der Stimme. Sie sind bei Erkältungen der Atmungsorgane ihrer lösenden Eigenschaften wegen geschätzt.

Tausende bezeugen die einzigartige Wirkung derselben. Vorrätig in allen Apotheken à Mk. 1.— 1293

Depot in Kamen:
Adler-Apotheke, Königstr. 1.

Schwedischen Saatweizen,

winterfest,
(erste Absaat)
hat abzugeben

Schulze-Altenmethler,
1299 Methler.

„Lange Jahre litt ich an einem hartnäckigen

Hautausschlag.

Viel, sehr viel habe ich erfolglos versucht. Ich probierte **Zucker's Patent-Medizinal-Seife.** Plötzlich besserte es sich von Tag zu Tag. Nahm nur z. Waschen **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** und hatte **großartigen Erfolg.** M. Schlör in B." a Stck. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, **stärkste** Form). Dazugehörige **Zuckooh-Creme** 75 Pf. u. 2 M., ferner **Zuckooh-Seife (mild)** 50 Pf. u. 1.50 M. Bei **Heinrich Jacobi, Germania-Drog., Carl Müller jun., Löwen-Drog., u. H. P. Thiel, Drog.;** in Heeren: **Ew. Thiel.** 47

Bekanntmachung.

Nach § 32, 2a der Wehrordnung dürfen im ordentlichen Reklamationsverfahren die einzigen Ernährer hilfloser Eltern, Großeltern oder Geschwister von der Ersatz-Kommission vorläufig zurückgestellt und nach § 40, Ziffer 2, a. a. O. von der Obererſatz-Kommission vom aktiven Militärdienst überhaupt befreit werden, wenn den Reklamierten in ihrem dritten Militärpflichtjahre die genannten Berücksichtigungsgründe noch zur Seite stehen. Daß diese Bestimmungen allgemein bekannt sind, beweist die erhebliche Zahl der alljährlich bei Musterungs- und Aushebungsgeschäft vorliegenden mehr oder minder begründeten Anträge.

Ganz falsche Ansichten scheinen dagegen im Publikum über die Pflichten zu herrschen, welche einem auf Grund dieser Bestimmungen vom aktiven Dienst befreiten Manne seinen in Frage kommenden Angehörigen gegenüber obliegen.

Einige zu meiner Kenntnis gelangte Fälle haben ergeben, daß die gewährte Vergünstigung in unverantwortlicher Weise mißbraucht worden ist, indem die Reklamierten und zwar fast unmittelbar nach erfolgter Entscheidung ihrer Reklamation sich verheiratet und unter gänzlicher Verkennung der übernommenen Verpflichtungen alsdann erklärt haben, für die Eltern, Geschwister usw., deren Unterstützung die vornehmste Aufgabe der Reklamierten sein sollte, teils gar nicht und teils nur ganz unzureichend sorgen zu können, weil der Unterhalt der eigenen Familie, oder die Krankheit der Ehefrau, oder ähnliche Umstände eine ausreichende Fürsorge unmöglich mache.

Gelangen solche Fälle zu meiner Kenntnis, dann ist ausnahmslos die Einleitung des Verfahrens auf nachträgliche Einstellung des Mannes die unmittelbare und durch die §§ 39,4 bezw. 40,6 der Wehrordnung angeordnete, also gesetzliche Folge.

Um zu verhüten, daß solche Maßnahmen erforderlich werden, und um gleichzeitig auch für die Zukunft volle Klarheit darüber zu schaffen, welche Pflichten reklamierte Militärpflichtige übernehmen, mache ich das beteiligte Publikum deshalb darauf aufmerksam, daß die auf Reklamation vom aktiven Dienst befreiten Leute bei Vermeidung ihrer nachträglichen Einziehung zur ausreichenden Unterstützung ihrer Angehörigen zu deren Gunsten sie reklamiert worden sind, bei unveränderter Erwerbsfähigkeit unter allen Umständen verpflichtet bleiben, und daß hieran auch eine etwaige Verheiratung der Reklamierten nichts ändert.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, auf die unbedingte Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu achten.

Hamm, den 11. Oktober 1902.

Der Königliche Landrat: gez. **Schulze-Pelkum.**

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Kamen, den 24. September 1910.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.
CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung,
Steinhauerei,

Lager in:
Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen ꝛc.
Weiss- und Wasserkalk.
Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.
Spezialität: **Grab-Denkmäler**
in Marmor, Syenit u. Sandstein. 167

Straßensperrung.

Der Straßenzug Markt—Königsstraße—Weststraße wird zwecks Verlegung von Gasrohren **von Dienstag, den 4. Oktober an streckenweise bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.**

Kamen, den 3. Oktober 1910.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

---

4 Verkaufs-Etagen.

Knaben-Anzüge

offen und hochgeschlossen, in sehr solidem Kammgarn, Cheviot, Buckskin und Coating
Mark **3.00** bis **25.00.**

Knaben-Pelerinen

Mark **3.00** bis **15.00.**

Knaben-Paletots und Pyjacks

Mark **3.00** bis **36.00.**

Schul-Anzüge

hochgeschlossen mit Umlegekragen, stark und solide, praktische, kleidsame Farben
Mark **6.00** bis **24.00.**

Manchester-Anzüge

besonders solide, schöne Farben, kleidsame Fassons
Mark **4.50** bis **16.00.**

Norfolk-Anzüge

die beliebte Falten-Fasson in modernen karrierten und gestreiften Stoffen, uni, blau und grau
Mark **10.00** bis **36.00.**

Jünglings-Anzüge

mit kurzen Pump- oder langen Hosen in starken Buckskins und Cheviots und Kammgarnstoffen
Mark **6.50** bis **40.00.**

Hettlage & Co.

Dortmund.

1300

Westenhellweg 70—72.

Westenhellweg 70—72.

10 Schaufenster.

Wollen Sie eine gute

Nähmaschine

billig kaufen?

Sehen Sie sich mein Lager erstklassiger Maschinen an! 1287

Ich führe nur beste deutsche Fabrikate

Adler Phönix Teutonia

mit Einrichtung zum Vor- und Rückwärtsnähen, auch zum Sticken und Stopfen. Anleitung gratis.

Auf Wunsch bequeme Abzahlung (ohne Aufschlag) bei **Barzahlung Rabatt.**

Zubehörteile. Reparaturwerkstatt.

Albert Karrenberg

Kamen

Weststraße 75. **Telefon 138.**

Bestellungen

auf **prima**

Speisekartoffeln

werden erbeten. 1313

C. Römer,
Kamen, Weststraße 23.

Zum Einkellern

verkaufe la. gesunde **weiße und gelbfleischige**

Ess-Kartoffeln

100 Pfund **3.10** Mark.

Probe zu Diensten.

Caspar Gerdes 1314
Bergkamen. Telefon 157.

Auf sofort oder später mehrere

Wohnungen

zu vermieten. 1219

H. Lambrecht,
Restaurant zur Kaisereiche.

Eine **Großbrennerei** mit einer leicht einzuführenden Spezialmarke für den Massenverbrauch sucht tüchtige

Platzvertreter,

die zu der Wirtekundschaft die besten Beziehungen unterhalten. Reflektiert wird auf durchaus zuverlässige Herren, die auch im Stande sind, für das mit zu übernehmende Inkasso Gewähr zu leisten.

Offerten sub K. L. 8410 an **Rudolf Mosse, Köln.** 1267

Agentur f. Jedermann pass. Wchtl. 30 M. Verdienst Off. an E. Teile, Leipzig, Moltkestr. 1298

Der Schlüssel zum **Erfolg** ist für jeden

Inserenten

bei allen seinen Anzeigen, gleich welcher Art und ob für hiesige oder auswärtige Zeitungen, die

Annoncen-Expedition

Aug. Rolef

Münster i. W., Markt 37

da diese durch 30jährige Geschäftspraxis in der Lage ist, nur für die betreffenden Inserate geeignete Zeitungen zu wählen.

Gleiche Preise mit den Zeitungs-Expeditionen!

Besondere Vorteile!

Ersparnis an Zeit, Geld, Arbeit!

Synagoge.
Dienstag: 6 Uhr abends.
Dienstag und Mittwoch: 9 Uhr morgens.
Prediger Gossel.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 119. Dienstag, den 4. Oktober 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

General der Infanterie Verdy du Vernois †.

Der frühere preußische Kriegsminister, General Verdy du Vernois, der in Stockholm bei seinem Sohne zu Besuch weilte, und an Lungenentzündung erkrankt war, ist Freitag nachmittag gestorben.

General der Inf. z. D. Verdy du Vernois, Chef des 14. Inf.-Regts., ist am 19. Juli 1832 geboren. Am 27. April 1850 wurde er aus dem Kadettenkorps beim 14. Inf.-Rgt. als Leutnant eingestellt. Schon 1858 wurde er zur kriegsgeschichtlichen und später zur topographischen Abteilung des Großen Generalstabs kommandiert und 1861 zum Hauptmann im Großen Generalstabe ernannt. Vom Februar 1863 ab war er längere Zeit nach Rußland kommandiert. Im Februar 1866, im Alter von 33 Jahren, zum Major befördert, machte er den böhmischen Feldzug beim Oberkommando der zweiten Armee mit. Dann war er Abteilungschef im Großen Generalstab. Während des Krieges gegen Frankreich war er Abteilungschef im Großen Hauptquartier. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse heimgekehrt, trat er in seine Friedensstelle zurück und wurde 1872 als Oberst Chef des Generalstabs des 1. Armeekorps. Vom Februar 1877 bis November 1879 war er als General-Major Kommandeur der 62. Inf.-Brigade, dann wurde er Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements. Im April 1883 wurde er Kommandeur der 1. Division, im Januar 1887 Gouverneur von Straßburg. Im April 1888 rückte er zum General der Infanterie auf und ein Jahr später wurde er Kriegsminister. Er blieb in dieser Stellung aber nur 1½ Jahre und wurde dann auf sein Abschiedsgesuch zur Disposition gestellt. v. Verdy ist einer der fruchtbarsten und bedeutendsten militärischen Schriftsteller. Seine wissenschaftlichen Verdienste wurden 1901 durch die Wahl zum Ritter des Ordens „pour le mérite" für Wissenschaft und Kunst und 1904 durch Ernennung zum Ehrendoktor der Philosophie seitens der Universität Königsberg anerkannt. Von seinen Werken sind am allgemeinsten bekannt: „Im Hauptquartier der 2. Armee (Kronprinzliche) 1866" und „Großes Hauptquartier 1870/71".

Unsere Rückständigkeit in der Flugschiffahrt.

Die Ueberflügelung Deutschlands in der Luft- und Flugschiffahrt durch die Franzosen ist eine Tatsache, die sich durch ihre Eindringlichkeit von selbst außerhalb jeder Anzweiflung stellt, deren Bedeutung aber vom militärischen Standpunkt aus anscheinend nicht überall genügend gewürdigt wird, wenigstens nicht in der Oeffentlichkeit. Die militärischen Kreise freilich werden wohl wissen, wie es steht, und den Vorsprung der westlichen Nachbarn mit berechtigter Sorge betrachten. Jetzt veröffentlicht der Syndikus des deutschen Luftschifferverbandes, Justizrat Eschenbach in Berlin, im Oktoberheft der „Preußischen Jahrbücher" (das uns schon vor Erscheinen zugestellt worden ist) ein „eindringliches Mahnwort" zur Sache, und man kann nur wünschen, daß diese inhaltreichen Darlegungen verdiente Beachtung finden. Zu ihrer Weiterverbreitung beizutragen, dünkt uns Pflicht. Der Verfasser weist darauf hin, daß die notwendigen Organisationen zur Ausbildung der Technik der Flugmaschine mit derartig großen Kosten verknüpft sind, daß es vollständig ausgeschlossen erscheint, auch nur einigermaßen an die Spitze zu kommen, wenn die Aufbringung der Mittel einzig und allein dauernd nur der Privatinitiative überlassen bleiben sollte. Die von Privatpersonen in opferwilliger Weise für die Schaffung des Flugplatzes Johannisthal und die großen für Deutschland grundlegenden Vorführungen des vergangenen Herbstes aufgewendeten Mittel sind solche, daß sie unmöglich wiederholt und auf die Dauer getragen werden können. Mußten doch allein, um die französischen Vorbilder im Herbst 1909 nach Berlin zu bekommen, rund 400 000 Mark bare Mittel aufgewendet werden, während die Beihülfen, welche nachträglich staatlicherseits gegeben wurden, sich in den denkbar bescheidensten Grenzen hielten. Der Schatzsekretär wird weiterhin getadelt, daß er sich auch den bescheidensten Anträgen gegenüber außerordentlich schwierig gezeigt hat. In den betreffenden Kreisen sei hierüber Bitterkeit und Entmutigung laut geworden, und es sei nur auf das dringendste zu hoffen, daß durch das Beispiel und die Erfolge Frankreichs gründlich Wandel geschaffen werden möge. Die Reichs- und Staatsbehörden, so lassen sich die „Preußischen Jahrbücher" vernehmen, müßten finanziell ungleich mehr tun als bisher. „Denn das bislang Geleistete ist leider in gewisser Beziehung gleich Null. Daß hier schleunigst und gründlichst das Notwendige nachgeholt werden muß, bedarf keiner weiteren Darlegung. Verfügt doch beispielsweise Frankreich schon heute, September 1910, schätzungsweise über hundert vollständig flugfertige Maschinen mit einer entsprechenden Anzahl ausgebildeter Führer. Wie gewaltig die Fortschritte speziell unter dem Gesichtspunkt der Verwendung für militärische Zwecke in Frankreich und auch sonst im Auslande seitdem gewesen sind, dafür bedarf es nur des Hinweises auf den im August stattgehabten „Rundflug gen Osten", dessen stark chauvinistischer Charakter und Inhalt wohl so bald nicht aus den politischen Erwägungen der maßgebenden deutschen Kreise ausscheiden dürfte. Es genügt, in dieser Beziehung auf die symbolische Handlung der Ueberfliegung der deutschen Grenze nach Meldungen bezw. Illustrationen durch einen hohen französischen Offizier hinzuweisen. Es ist aber weiter heute schon eine Tatsache, daß Frankreich auch bereits über Flugmaschinen und Flugzeugführer verfügt, welche hunderte von Kilometern ununterbrochen mit beobachtenden Generalstabsoffizieren zurücklegen (— vergleiche auch die Festungs- und Belagerungsübungen von Verdun —), daß Frankreich ferner bereits Flugzeugführer besitzt, welche über den Kopf der Belagerer hinweg die Verbindung der belagerten Festung und der Außenwelt herstellen können, daß französische Offiziere in der Flugmaschine schon vollständigen Kundschafter- und Vorpostendienst zu leisten vermögen usw. usw." Diesen Ausführungen des Justizrats Eschenbach kann man füglich nicht widersprechen. Der Verfasser macht darauf aufmerksam, was es zu bedeuten hat, daß für den Wert eines einzigen Panzerschiffes schon heute bei der Fabrikation im großen mindestens 10 000 Flugmaschinen hergestellt werden können; daß also ein der Küste sich näherndes Geschwader mit einem Hagel von Sprenggeschossen überschüttet werden kann. Sind doch schon Flugleistungen aufzuweisen, bei denen außer den Führern noch fünf Personen als Passagiere mitgenommen wurden. In der Tat sind es sehr ernste Fragen, die hier von den „Preußischen Jahrbüchern" aufgeworfen werden. Wir müssen aus dem Hintertreffen heraus, wir müssen in die vorderste Reihe rücken.

Im neuen Etatsvoranschlag für die Flotte,

der jetzt dem Reichsschatzamt zur Nachprüfung und zur Abgabe an den Bundesrat vorliegt, wird die für das Rechnungsjahr 1911 berechnete Etatsstärke des militärischen Personals zum ersten Mal die Höhe von 60 000 Mann um etwas überschreiten, nachdem in dem Etatsvoranschlag für 1910 57 170 Mann einschließlich der Offiziere und Aerzte gefordert worden waren. An den Etatserhöhungen für das neue Rechnungsjahr werden vor allem die Marineteile der Matrosendivisionen, der Werftdivisionen, der Torpedodivisionen und der Matrosenartillerieabteilung beteiligt sein. Es wird dies bedingt werden durch den Hinzutritt der weiteren großen Flottenbauten an Linienschiffen und Panzerkreuzern mit ihren verstärkten Besatzungsetats gegen die älteren Schiffe, durch den weiteren Ausbau der Torpedobootsflottillen, von denen in diesem Winterhalbjahr bereits zum ersten Mal die vorübergehende Indiensthaltung einer sechsten Flottille vorgesehen worden ist, ferner durch die Formierung einer fünften Matrosenartillerieabteilung, die ihr Garnison auf Helgoland erhalten hat, und endlich auch durch den Bedarf an Personal für die vermehrten Unterseeboote. Ist im Etatsjahr 1910 doch eine besondere Unterseebootsabteilung gebildet worden, für die das erforderliche Personal vorläufig nach dem Bedarf aus dem Personal der übrigen Marineteile entnommen worden ist. Auch waren bei den Indiensthaltungskosten für das laufende Rechnungsjahr zum ersten Mal solche für Unterseeboote für die Zwecke der Hochseeflotte in Ansatz gebracht worden, die sich auf fast eine halbe Million Mark beliefen. Die Etatserhöhungen werden sich im neuen Marineetatsvoranschlage bei den Offizieren vor allem auf die Seeoffiziere und die Marineingenieure beziehen, da die neuen großen Schiffe verstärkte Stäbe und ein erhöhtes Ingenieurpersonal erfordern. Im Etatsjahre 1911 sollen planmäßig auf Grund des Flottenbauplanes vier große Flottenbauten zur Ablieferung gelangen, von denen drei Bauten „Dreadnoughts", der vierte ein Linienschiffskreuzer sein wird.

Todessturz eines Aviatikers.

Der Aviatiker Heinrich Haas stieg Sonnabend um 4,49 Uhr mit seinem Wright-Zweidecker auf dem Flugplatze in Trier zu dem Fernflug nach Metz auf. Der Flieger stürzte ab und wurde tot unter den Trümmern seines Apparates hervorgezogen, der mitten durchgebrochen war. — Wie uns hierzu weiter gemeldet wird, geriet die Maschine über einer Brücke in einer scharfen Kurve plötzlich stark ins Schwanken und wurde nach rechts abgedrückt. Dreihundert Meter weiter brach plötzlich die Welle des Höhensteuers ab, und nun bogen sich die Tragflächen nach oben. Die Maschine brach in sich zusammen. Haas kam mit Kopf und Beinen unter den Motor zu liegen. Die Ursache des Unfalls läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Vielleicht ist das Höhensteuer dem Druck nicht gewachsen gewesen. Möglich ist auch, daß sich ein Draht gelöst hat, der dann einen der Propeller abscherte, der dann die Maschine zertrümmerte. Zwei Stabsärzte, die dem Aeroplan in einem Automobil gefolgt waren, trafen bald darauf an der Unfallstelle ein, konnten jedoch nur noch den Tod des Aviatikers feststellen. Die Leiche war schrecklich verstümmelt. Ein Mechaniker aus Trier, der an der Unfallstelle eintraf, erklärte, daß ein Bruch in der Kettenführung den Unfall herbeigeführt habe.

Da um 5 Uhr Startschluß war, hat Jeannin den ersten Preis von 20 000 Mark für den Flug gewonnen.

* * *

Kapitän Engelhardt, der Sonnabend früh um 5 Uhr nach französischer Zeit von seiner Landungsstelle bei Pompey in der Nähe von Nancy aufgestiegen war, fuhr etwa 200 Meter weit. In einer Höhe von etwa 20 Metern schlug der Apparat um und fiel zur Erde, wobei die Tragflächen beschädigt wurden. Engelhardt selbst blieb unverletzt. Auch der Motor wurde nicht beschädigt.

*

Der Flieger Wynmalen brach auf seinem Zweidecker den Höhenrekord, indem er 2780 Meter erreichte. In dieser Höhe setzte der Motor infolge Benzinmangels aus, worauf der Flieger im Gleitfluge in 13 Minuten niederging.

Bei dem Schnelligkeitswettfliegen stießen die Flieger Dukson und Thomas mit ihren Apparaten vor dem Schuppen zusammen. Beide Flieger fielen zur Erde und wurden schwer verletzt.

Das lenkbare italienische „Militärluftschiff Nr. II" hat bei schönem Wetter die Weiterfahrt nach Venedig angetreten, mußte aber wegen Nebels bei Porto Paleri an der Po-Mündung landen.

*

Chavez' Beerdigung.

Die Beerdigung des Aviatikers Geo Chavez, der seinen kühnen Alpenflug mit dem Leben bezahlt hat, fand Samstag unter großer Beteiligung aller sportlichen und gesellschaftlichen Kreise in Paris statt. Der kirchlichen Einsegnung der Leiche und dem feierlichen Trauergottesdienst wohnten Vertreter der französischen und der peruanischen Regierung sowie des Pariser Gemeinderats und des Gemeinderats von Lima bei. Am offenen Grabe auf dem Friedhofe Pere Lachaise wurden mehrere ergreifende Reden gehalten.

Aus aller Welt.

— **Ein Denkmal** für den Grafen von Coligny. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." mitteilt, wird der Kaiser dem Admiral Grafen von Coligny auf der Nordseestation in Kiel ein Denkmal errichten lassen. Der Entwurf hierzu ist bereits fertiggestellt. Coligny ist durch eine Urenkelin, die Prinzessin Luise Henriette, Tochter des Statthalters Friedrich Heinrich der Niederlande und Gemahlin des Großen Kurfürsten, ein Ahnherr des Kaisers.

— **Das Luftschiff „P. VI"** unternahm am Sonnabend eine vorzüglich verlaufene Fahrt von München nach Straubing und zurück. — Am Sonntag stieg „P. V" von Bitterfeld zu einer Fernfahrt nach Chemnitz auf, die das Luftschiff trotz heftiger Gegenwinde in 4 Stunden ausführte.

— **Der Berliner Viehhof gesperrt.** Der Berliner städtische Viehhof ist Freitag nachmittag 3.05 Uhr wegen Ausbruches der Maul- und Klauenseuche gesperrt worden. — Die Seuche wurde, wie die „Allg. Fleischer-Ztg." meldet, bei 15 Kühen aus dem Bezirk Frankfurt a. d. Oder vom Rittergutsbesitzer Kretschmer-Groß-Ruhmen bei Frankfurt a. d. Oder festgestellt.

— **Familientragödie.** In dem Danziger Vorort Langfuhr durchschnitt der 56jährige ehemalige Büchsenmacher jetzige Rentier Wilhelm Johannides seiner um ein Jahr älteren Frau und dann sich selbst die Kehle und stürzte sich darauf über den Balkon des ersten Stockwerks auf den Hof. Mann und Frau sind tot. Der Grund zu der Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen.

— **Verhaftung des Raubmörders Dick.** Der Raubmörder Dick, der am 13. August ds. Js. die Kellnerin Betty Trescher in einem Nürnberger Hotel ermordet hat und dann flüchtete, ist jetzt in Bischko in Galizien verhaftet worden.

— **Der Streit um König Leopolds Erbe.** Alle Versuche, eine gütliche Regelung der Erbschaft König Leopolds herbeizuführen, sind am Widerstand der von ihrer Umgebung beeinflußten Prinzessin Luise gescheitert, so daß der Prozeß vor das Brüsseler Tribunal kommen wird.

— **350-Kilometer-Flug** eines französischen Offiziers. Der Militärflieger Hauptmann Bellenger hat einen Flug Vincennes—Sissonne—Mourmelon-le-Grand und von da nach dreistündigem Aufenthalt zurück nach Bry-sur-Marne gemacht. Die zurückgelegte Strecke beträgt 350 Kilometer.

— **Schwere Unfälle bei dem Vanderbilt-Rennen.** Das Automobilrennen auf Long Island um den Vanderbiltpokal brachte eine ganze Reihe schwerer Unfälle. Es gab etwa drei bis vier Tote und zwölf Schwerverletzte. Cherrolet fuhr mit 100 Kilometer Schnelligkeit in ein mit Frauen besetztes Automobil auf dem Zuschauerterrain. Sein Chauffeur Miller wurde getötet, viele Frauen erlitten Verletzungen. An dem Automobil Dezues wurden die Bremsen schadhaft, es kippte um und Dezues blieb tot. Harold Stones Automobil fuhr gegen eine Telegraphenstange, der Mechaniker Bacon wurde getötet, Stones selber tödlich verletzt.

*

Ein russischer Revolutionär als Schutzmannsmörder.

Der Mord an dem Schutzmann Hentschel in Leipzig hat eine überraschende Aufklärung erfahren. Der Mörder, der sich Ignatz Denck nannte, wurde als ein gefährlicher russischer Revolutionär festgestellt. Er gab bei der Vernehmung zu, Osolewski zu heißen und aus Odessa gebürtig zu sein. Im Februar dieses Jahres war er bei einem Attentat auf ein Mitglied des russischen Kaiserhauses beteiligt, das in Odessa ausgeführt werden sollte. Der Anschlag wurde aber entdeckt, und Osolewski flüchtete. Er hielt sich in der Zwischenzeit in Genf, Paris, Marseille, Wien und Brüssel und kam jetzt nach Leipzig, wo er versuchte, ein gestohlenes Fahrrad zu verkaufen. Bei dem Transport nach der Wache, erschoß er, wie gemeldet, den Schutzmann Hentschel. Gesucht wird noch ein Komplice von ihm, namens Dombrowski, der jedoch falsche Papiere bei sich führt und inzwischen entflohen sein dürfte. Beide wollten von Leipzig nach Trier fahren, wozu sie das Reisegeld von Leipziger Gesinnungsgenossen bekommen sollten. Die Untersuchung ist noch nicht beendet. Osolewski ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

*

— **150 Grubenarbeiter eingeschlossen.** Aus Elpas (Texas) wird berichtet, daß 150 Grubenarbeiter infolge einer Explosion schlagender Wetter in der Palaugrube bei Musquez verschüttet worden sind. Es handelt sich um eine mexikanische Grube der Provinz Cohahuila. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

— **Dynamitattentat auf ein Zeitungsgebäude.** Eine Dynamitexplosion und ein dadurch entstandenes Feuer vernichtete das Gebäude der „Times" in Los Angelos (Amerika). Ueber zwanzig Personen liegen tot unter den Trümmern, viele andere sind verletzt worden. Die Explosion erfolgte in den ersten Morgenstunden, nach Redaktionsschluß. Die Opfer sind meist Setzer und Trucker. Eine Rettung war undenkbar, weil das Gebäude sofort in Flammen stand. Viele sprangen aus den Fenstern und erlitten schwere Verletzungen. Der Eigentümer beschuldigt die Gewerkschaften der Urheberschaft des Attentats, weil die „Times" scharf Partei gegen die Arbeitervereinigungen genommen hatte. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollars geschätzt.

Zu dem Brand in dem Gebäude der „Times" wird noch gemeldet: Auf dem Dach der in einem anderen Stadtteil befindlichen Hilfsdruckerei, die für den Fall einer schon oft angedrohten und nunmehr eingetretenen Zerstörung der Hauptbureaus der „Times" erbaut worden war, wurden zwei Männer bemerkt. Als sie sich entdeckt sahen, flüchteten sie. Man nimmt an, daß sie versucht haben, auch diese Zweigdruckerei in die Luft zu sprengen. Der Stadtrat hat 25 000 Dollars für die Ermittelung der Anstifter der Explosion bewilligt. Neue Erregung hat es hervorgerufen, daß eine Bombe unter der Wohnung des Sekretärs der Fabrikantenvereinigung aufgefunden wurde, der die „Times" in ihrem Kampf gegen die Arbeiterorganisationen unterstützt hat.

— **Ein Taifun** hat vier Ortschaften im Flußtale des Cagayan (Amerika) zerstört und die Tabakernte schwer geschädigt.

Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes.

Als Auftakt zum Vertretertag der nationalliberalen Partei wurde Freitag morgen um 11 Uhr im Kaufmannshause eine Sitzung des Zentralvorstandes abgehalten, die sehr stark besucht war.

Nach Annahme des Antrages des Provinzialvorstandes der Rheinlande, die Partei durch den Vertretertag zu ersuchen, die Bestrebungen zur Errichtung eines Bismarck-National-Denkmals tatkräftig zu unterstützen, begründete Justizrat Haarmann (Dortmund) die bekannte westfälische Entschließung, die er nur dem Zentralvorstand zur Kenntnis bringe, nicht dem Parteitag vorlegen wolle. Insbesondere sei es nötig, daß sich die nationalliberale Jugend unsere Bitten und Warnungen mehr zu Herzen nehmen möge, wenn ihre Bestrebungen nicht verhängnisvoll werden sollen.

In der sich entwickelnden lebhaften Aussprache wurden die Parteiverhältnisse eingehend besprochen. Die verschiedenen Anschauungen kamen ergiebig zu Worte, wobei aber auf allen Seiten betont wurde, daß die Tagung von Kassel die Partei in geschlossener Stärke hervortreten lassen möge. Allgemein wurde ein entschlossener Kampf gegen die Sozialdemokratie gefordert, andererseits wurde aber auch gefordert, daß ebenso tatkräftig die durch den Bund der Landwirte beeinflußten Konservativen und das Zentrum, bekämpft werden müßten. Mit den übrigen bürgerlichen Parteien müsse Fühlung gesucht werden. Nicht vergessen dürfe man aber auch, gegen die einseitige Parteipolitik der Regierung Stellung zu nehmen.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Vorsitzenden des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, Dr. Fischer. Nach Verteidigung der Jugend gegen die von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken erklärte er sich bereit, ein Versprechen dahin abzugeben, daß die Jugend selbstverständlich die Parteibeschlüsse beachten werde; sie habe übrigens noch niemals diese Beschlüsse verletzt. Der nationalliberalen Presse in Westfalen machte er den Vorwurf, daß sie in den Streit der Meinungsverschiedenheiten eine Schärfe getragen habe, die gerade auch in bezug auf den Abgeordneten Bassermann getadelt werden müsse.

Als Gesamtansicht kam zum Ausdruck, daß die Partei sich weder nach rechts noch nach links festlegen dürfe, sondern in allen Fragen des öffentlichen Lebens freie Hand behalten müsse. An dem bewährten Programm der Partei müsse in seinen Grundlinien festgehalten werden.

Das Versicherungsjubiläum im Reichstag.

Der große Festakt des 25jährigen Jubiläums der Unfall- und Invalidenversicherung nahm Sonnabend um 10 Uhr vormittags im Plenarsitzungssaale des Reichstags seinen Anfang. Als Vertreter des Kaisers erschien der Kronprinz. Staatssekretär Dr. Delbrück begrüßte im Namen des Reichskanzlers die Erschienenen. Seine Rede gipfelte in den Worten: „Die politische und wirtschaftliche Kraft eines Staates wächst mit der Hebung der Arbeiterklasse, die einen großen Teil der sittlichen und intellektuellen Kräfte des Volkes darstellt. Möge es den Selbstverwaltungsorganen, die die Gesetze des Staates auszuführen haben, niemals an Männern fehlen, die es denen an Opferwilligkeit gleichtun, welche in den ersten 25 Jahren der Entwicklung der Altersversicherung sie auf ihre jetzige Höhe und Leistungsfähigkeit gebracht haben.“ Am Abend fand im Zoologischen Garten ein Festessen zu 1600 Gedecken statt.

Die Vorkommnisse in Moabit in amtlicher Beleuchtung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu den Vorkommnissen in Moabit: „Inwieweit die organisierte Arbeiterschaft und Parteiangehörige der Sozialdemokratie an den Ausschreitungen der Menge oder bei den Verabredungen, ohne die die Krawalle schwerlich in der geschehenen Weise hätten vorfallen können, beteiligt sind, darüber werden wohl die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen Aufklärung schaffen. Schon heute aber muß als feststehend angesehen werden, daß ein Zusammenhang besteht zwischen den Moabiter Vorgängen und der sozialdemokratischen Verhetzung der Massen, die sich neuerdings verschärften. Von der juristisch greifbaren Verantwortlichkeit abgesehen, deren Feststellung dem Gericht überlassen bleiben muß, vermag sich die sozialdemokratische Partei dem Vorwurf der moralischen Mitschuld an den bedauerlichen Vorkommnissen in Moabit nicht zu entziehen. Die Mitschuld wird begreiflicher dadurch, daß die Sozialdemokratie arbeitswillige Arbeiter bei Ausständen als Streikbrecher brandmarkt und als Menschen verfehmt, die außerhalb der nach sozialdemokratischem Begriff ehrbaren Arbeiterschaft stehen und gegen die deshalb Angriffe und Gewalttätigkeiten erlaubt seien. Es liegt doch ein eigenartiger Widerspruch darin, daß der „Vorwärts“ einerseits die Aufrührer von den Schößen der Sozialdemokratie abzuschütteln sucht, und andererseits von der erfolgreichen Wirkung eines Eingreifens der sozialdemokratischen Organisation überzeugt ist. Der „Vorwärts“ hat sich aber nicht darauf beschränkt, jedes Wort der Beruhigung zu unterlassen, vielmehr hat er diese Gelegenheit benutzt, die Polizei, die mit Pflichttreue, Ausdauer und Besonnenheit ihre schwierigen Aufgaben erfüllte, zu verunglimpfen und dadurch die Leidenschaften der aufrührerischen Massen aufzurütteln. Diese Haltung der sozialdemokratischen Presse entspricht der Gesamttendenz der sozialdemokratischen Agitation. Welche Hoffnungen sie an Vorgänge knüpft, wie sie in Moabit sich abgespielt haben, darüber bedürfen wir nach den Wahlrechtsdemonstrationen, nach Erörterungen über den politischen Massenstreik und ähnliche Erscheinungen keiner Belehrung mehr. Dies alles dient nach sozialdemokratischer Meinung der revolutionären Erziehung des Proletariats. Um so ernster und dringender wird für die Regierung die Pflicht, Pöbelausschreitungen und Aufruhrversuchen mit unnachsichtlicher Schärfe entgegenzutreten und der Untbotmäßigkeit einer verhetzten Menge mit der Autorität der Staatsgewalt und der Strenge des Gesetzes zu begegnen.“

Auf dem zweiten deutschen Jugendgerichtstag

teilte der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Köhne (Berlin) mit, daß es nicht gelungen sei, sich über einen Antrag, der „Organisation und Zuständigkeit der Gerichte nach bestehendem Recht und den Gesetzentwürfen“ zu einigen. Es sei inzwischen noch ein Antrag von Fräulein Goodsticker eingegangen, die Frauen zum Schöffenamt hinzuzuziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Das sei ein Antrag, der zwar des Beifalls weiter Kreise sicher sei, aber auch nicht ungeteilte Zustimmung finden dürfte. (Sehr richtig!) Dieser Antrag entspreche dem Ersuchen von Frau Schmidt-Bürkly an den Vorsitzenden der Reichstagskommission für die Strafprozeßordnung, in Städten über 100 000 Einwohnern bei jedem Schöffengericht je einen weiblichen Laien als Schöffen hinzuzuziehen. Man beschloß, das ganze Material der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, deren erste Vorsitzende die Fürstin zu Wied, Prinzessin von Württemberg, und deren zweiter Vorsitzender Staatsminister a. D. Hentig der Versammlung beiwohnen, zu überweisen, damit diese das Material zusammenstelle, formuliere und dem Reichstag sowie den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten.

Hierauf wurde in den nächsten Punkt der Tagesordnung eingetreten, der das Thema:

„Die Jugendgerichte im Vorverfahren“

behandelt. Regierungsrat Dr. Lindenau vom Berliner Polizeipräsidenten betont die Notwendigkeit, den Jugendlichen dem Hauptverfahren soviel wie möglich zu entziehen und ihm, wenn es geht, das Hauptverfahren zu ersparen. Dazu gehört auch, daß die Entscheidung über die Straffähigkeit schon im Vorverfahren erledigt werde. Das Vorverfahren bedarf überhaupt im Interesse der Jugendlichen besonderer Garantien, insbesondere ist es nötig, Bestimmungen zu treffen, daß die Voruntersuchung gegen den Jugendlichen vom Jugendrichter zu führen ist. Für die ersten Ermittelungen könnte man ja auch

Jugendpolizisten

schaffen; so absurd das vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag, ist es doch nicht von der Hand zu weisen. Wenn aber Amtsgerichtsrat Dr. Köhne verlangt, daß im Vorverfahren gegen Jugendliche als Beschuldigte die Polizei keine Vernehmungen vornehmen soll, so ist es doch absolut unmöglich, die Polizei aus dem Ermittelungsverfahren auszuschließen. (Sehr richtig!) Die Konsequenz wäre dann auch, daß der Jugendliche als Zeuge nicht von der Polizei vernommen werden dürfte. Damit aber würde jedes Ermittelungsverfahren der Polizei lahm gelegt (Sehr richtig), oder es müßten soviel Richter und Staatsanwälte angestellt werden, wie wir jetzt bei den Berliner Straßentumulten, welche große Zahl die Jugendlichen stellen. Sollte etwa die Polizei Halt machen vor den Jugendlichen? Das geht nicht. (Zustimmung.) Jeder beliebige Schutzmann ist natürlich nicht geeignet für das Vorverfahren gegen die Jugendlichen, die besten Kräfte sind hierfür gerade gut genug. Die Schutzleute sind doch aber auch Männer, sehr viele sind Ehemänner und Väter und haben doch wohl für die Bedürfnisse, das Fühlen und Wünschen dieser Jugendlichen weit eher Verständnis als wir. Ich habe rührende Züge erlebt, wie diese einfachen Männer für die Jugendlichen gesorgt haben. Man darf daher doch nicht sagen, daß die Schutzleute leibhaftige Bramarbasse seien, so daß jeder Jugendliche vor ihnen wie vor einem Kommabazillus geschützt werden muß. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Ich komme zu dem Ergebnis, der Jugendliche bedarf schon im Vorverfahren einer besonderen Behandlung. Es ist aber schwer, durch Formvorschriften hier eine Regelung zu treffen, vielmehr muß es dadurch geschehen, daß der Jugendliche nur mit besonders qualifizierten Personen in Berührung kommt. Eine Abkürzung des Vorverfahrens muß schon im Anfang stattfinden, damit der Jugendliche so wenig als möglich vor Gericht kommt. Dahin gehört auch der Appell an das verehrte Publikum, möglichst

nicht zu viel zu denunzieren,

sondern zu bedenken, daß es sich um dumme Jungen handelt, und daß es besser ist, mehr die Strafmittel der Schule und des Elternhauses wirken zu lassen. (Lebh. Zustimmung.) Die Rechtspflege muß auch in den Stand gesetzt werden, das Verfahren möglichst schnell und schmerzlos einzustellen. Die Zukunft drängt dahin, daß nicht bloß dem Jugendlichen, sondern jedem Verbrecher eine Behandlung zuteil wird, die von sozialem Geist getragen ist und seiner Eigenart Rechnung trägt. (Lebh. Zustimmung.) Wenn man die Polizei aber ausschließt, hindert man sie, an dieser modernen Entwicklung teilzunehmen. Dann können wir nicht hineinwachsen in das Strafrecht der Zukunft, das wir erstreben. (Stürm. Beifall.)

Der zweite Referent Staatsanwalt Rupprecht-München behandelte insbesondere das Verhältnis der Polizei und des Jugendgerichts gegenüber jugendlichen Bettlern.

Deutschland.

— **(Wiederzusammentritt des Reichstages.)** Von offiziöser Seite wird mitgeteilt, daß der Reichstag am 22. November wieder zusammentreten wird. Der Stand der Arbeiten der während des Sommers tagenden Kommissionen, insbesondere der gerechtfertigte Wunsch der Versicherungsordnungskommssion, ihre Arbeiten vor Beginn der Plenarverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen, ist für die Wahl dieses Zeitpunktes bestimmend gewesen.

— **(Die „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Fleischteuerung.)** In ihren Wochenrückblicken beschäftigt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder mit der augenblicklich herrschenden Fleischteuerung. Das offiziöse Blatt bringt noch einmal allerlei Zahlen und Feststellungen, um dann abermals zu dem Schluß zu kommen, daß „eine weitere Oeffnung der Grenzen, als ein geeignetes Mittel zur Verbilligung der Fleischversorgung nicht anerkannt werden“ könne. Nur eine Sicherung der Fleischerzeugung im Inlande werde uns eine ausreichende und preiswerte Fleischversorgung der Bevölkerung auf die Dauer gewährleisten.

— **Bei der Reichstagsersatz-Stichwahl** im Wahlkreise Frankfurt a. O.-Lebus am 26. d. M. sind nach dem amtlichen Resultat für Schuhmachermeister Faber (Soz.) 15 796 und für Geheimen Archivrat Dr. Winter (nationall.) 15 624 Stimmen abgegeben worden. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 31 420.

— **(Zum Prozeß Lehmann-Hohenberg.)** Die Beschwerde der Verteidigung des Weimarer Professors gegen den Beschluß des Gerichts, Professor Lehmann-Hohenberg auf sechs Wochen, eventuell zwangsweise, der psychiatischen Klinik in Jena zu überweisen, hat eine unverhoffte Unterstützung durch Lehmann-Hohenbergs schärfsten Gegner gefunden. Wie aus Jena mitgeteilt wird, hat der Vorsteher der dortigen Irrenklinik, Geheimrat Prof. Binswanger, die Aufnahme des angeklagten Gelehrten in die Anstalt zwecks Begutachtung seines Geisteszustandes abgelehnt, da nach der Stellung Lehmann-Hohenbergs zu den beiden begutachtenden Aerzten, Prof. Binswanger und Prof. Berger, durch jene Maßnahme der beabsichtigte Zweck nicht erfüllt werde.

— **(Zur Krise in der Metallindustrie.)** Sonnabend nach Fabrikschluß hatten sich in Darmstadt zirka 3000 Metallarbeiter im Fabrikviertel angesammelt, und marschierten in geordnetem Zuge nach dem Schützenhofe, um dort über die drohende Aussperrung in der Metallindustrie zu sprechen. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß im Falle der Aussperrung die ersten zwei Wochen auf eine Unterstützung verzichtet wird. Ferner wurde beschlossen, in den dem Metallindustriellenverband angeschlossenen Betrieben im Falle der Aussperrung von 60 Proz. der Arbeiter mit der sofortigen Kündigung der übrigen 40 Prozent zu antworten.

— **(Keine Abschaffung der Kürassiere?)** Wie den „Hamburger Nachrichten“ aus Berlin geschrieben wird, ist eingeweihten Kreisen von einem Plan der Abschaffung der Kürassiere nichts bekannt. „Es wird ja auch,“ so heißt es dort, „gar kein sachlicher Grund zu der Abschaffung der Kürassiere vorliegen, da durch das Wegfallen der Kürassiere im Felddienst und durch die Einführung der feldgrauen Uniformen die Kürassiere nicht sichtbarer werden als die andere Kavallerie. Wenn man in der Größe der Kürassiere und ihrer Abschaffung sucht, so befindet man sich wohl auch damit im Irrtum, denn schließlich können Rekruten, die in ihrem Beruf in der Landwirtschaft von jung auf mit Pferden umgegangen sind, militärisch keine bessere Verwendung finden, als daß man sie auf das Pferd setzt. Ebenso können auch Pferde mittleren und schweren Schlages nicht besser verwandt werden, als daß man die schweren Reiter darauf setzt. Diese Verwendung von großen Reitern mit großen und schweren Pferden nennt man die schwere Kavallerie. Zu ihr gehören neben den Kürassieren auch die Ulanen, für die die gleichen Aushebungsbestimmungen gelten.

— **Ein Teil unserer Unterseeboote** und Unterseebootsmannschaften wird nach Wilhelmshaven verlegt werden. Bisher waren das Personal und das Material in Kiel vereinigt. Es erscheint aber notwendig, daß die V-Boote in der unruhigeren Nordsee ebenso heimisch werden wie in der geschützteren Ostsee. Ueber den Zeitpunkt der Verlegung ist noch nichts bekannt.

— **(Die Beschwerde der englischen Journalisten.)** Die von Schutzleuten in Moabit attackierten ausländischen Journalisten hatten sich beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten wegen Bestrafung der Beamten gewandt. Dies Verlangen hat der Polizeipräsident abgelehnt in einem Schreiben, das an den Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“, William Wile, gerichtet ist:

Euer Hochwohlgeboren und Ihre Berufsgenossen haben sich mutig, aber ordnungswidrig in eine zusammengerottete Menschenmenge (§ 125 Reichsstrafgesetzbuch) begeben. Ich bedaure lebhaft die Ihnen hierdurch entstandenen Unannehmlichkeiten und wünsche dem verletzten Herrn Lawrence baldige Besserung. Der Dienst der Schutzmannschaft war an diesen Tagen ein außerordentlich schwerer. Wie ich mich selbst überzeugt habe, hat die gesamte Schutzmannschaft ihre Aufgabe mit hoch anerkennenswerter Energie und Kaltblütigkeit verrichtet. Im fraglichen Augenblick war größte Schnelligkeit geboten. Das dabei erfolgte Versehen ist dadurch und durch die gesamte Situation immerhin erklärlich, so daß ich ablehnen muß, gegen die beteiligten Beamten vorzugehen.

v. Jagow.

— **(Unter Kameraden.)** Die „Schles. Schulzeitung“ schreibt: Bei der Maschinengewehrabteilung des Infanterie-Regiments Nr. 38 in Glatz ist ein „Seminaristenlehrer“ als Leutnant der Reserve eingezogen. Sein Kompagniechef, der während des diesjährigen Manövers mit ihm und anderen Offizieren des Regiments für kurze Zeit bei Gutsbesitzer B. in Heinzendorf einquartiert werden sollte, wandte sich vorher an seinen zukünftigen Gastgeber und bat ihn brieflich, von einem Diner abzusehen, da er mit dem Herrn „Seminaristenlehrer“ nicht gern an einem Tische sitzen wolle. Der Herr Gutsbesitzer, auch Reserveoffizier, hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als den Inhalt des Briefes am Stammtisch des nahen Städtchens Patschkau zum Besten zu geben, vermutlich deshalb, damit man wisse, wie aktive Offiziere über das Kapitel „Lehrer als Reserveoffiziere“ denken. Im Anschluß an diese Tatsache stellt die „Schles. Schulztg.“ folgende Fragen: Ist es unter Offizieren Sitte, Antipathien gegen Kameraden Fremden gegenüber in der oben geschilderten Weise Ausdruck zu geben? Ist es ferner üblich, vertrauliche Mitteilungen eines Kameraden den Stammgästen seines Lokals aufzutischen? — Die „Pr. Lehrerztg.“ bemerkt hierzu: Wir nehmen an, daß mit dem „Seminaristenlehrer“ ein „Seminarlehrer“ gemeint ist. Für die Geringschätzung dieser Herren seitens mancher „höheren Stände“ wäre das nur ein neuer Beitrag. In guter Erinnerung ist ja noch, wie sich ein Herr v. B. das Betreten des Wartesaales zweiter Klasse durch einen Seminarlehrer verbat.

Ausland.

Frankreich.

— **(Frankreichs Steuerpläne.)** Der französische Finanzminister erklärte im Budgetausschuß, er werde alles aufbieten, um die baldmöglichste Annahme des Einkommensteuergesetzes im Senat durchzusetzen; er werde nicht zugeben, daß der von der Deputiertenkammer genehmigte Gesetzentwurf vom Senat verstümmelt werde. Der Budgetausschuß nahm sodann mit 15 gegen 7 Stimmen die Erhöhung der Erbschaftssteuer im Falle des Vorhandenseins eines direkten Erben sowie den Mietsteuervorschlag des Finanzministers an; nur eine weitere Erhöhung des Quittungsstempel sowie einige andere Steuermaßnahmen wurden abgelehnt. Zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget fehlen auf Grund dieses Abschlusses nur etwa 5 Millionen Francs.

— **Die französische Presse** veröffentlichte ausführliche Telegramme über die Straßenkämpfe in Moabit unter sensationellen Ueberschriften, wie beispielsweise im „Matin“: „Man säbelt und tötet in den Berliner Straßen!“ „Das ist eine kleine Revolution, erklärt der Polizeipräsident!“ „Die Polizei sticht mit ihren Säbeln in die Bevölkerung!“ In den amtlichen Kreisen verfolgt man die Art und Weise, wie die Polizei die Tumultanten bekämpft, mit großem Interesse, findet aber, daß sie dabei einerseits nicht ganz zweckmäßig und andererseits viel zu milde vorgeht. In Paris und den anderen großen Städten Frankreichs tritt nämlich bei solchen Pöbelausschreitungen sofort mit der Polizei zugleich die Kavallerie in der Hauptstadt selbst die republikanische Garde in Tätigkeit. Die Reiterei hat die Aufgabe, in die Massen hineinzureiten, und sie mit dem Pallasch in der Faust auseinander zu jagen, worauf dann die Polizei zu Fuß die Nachsäuberung, also die Kleinarbeit besorgt. Man wundert sich daher bei den hiesigen Polizeibehörden sehr darüber, daß man nicht sofort, nachdem die Demonstrationen ein so ernstes Aussehen gewannen, die Kavallerie einhauen ließ.

— **Die Spannung** zwischen Frankreich und der Pforte wird immer stärker. Zwischen der Pforte und Frankreich sind Verhandlungen in der Frage des Schutzrechtes für die seit Jahren in der Türkei ansässigen oder neu eingewanderten Algerier eingeleitet worden. Wie verlautet, ist die Pforte nicht geneigt, Frankreich das Schutzrecht zuzuerkennen. — Das Pariser Chauvinistenblatt „Eclair“ erhält von einem französischen Offizier, der als Forschungsreisender sich einen hervorragenden Namen gemacht hat, die Mitteilung, die französischen Militärposten an der tripolitanischen Grenze seien ernstlich bedroht, da die türkische Regierung die Angriffe und Einfälle in französisches Gebiet systematisch begünstigte, ja geradezu veranlasse. Die Stämme würden von den türkischen Militärposten mit Lebensmitteln und Munition versehen. Es sei daher unerläßlich, die Besatzungen der französischen Posten zu verstärken.

England.

— **(Ein Luftkorps für die englische Armee.)** In Aldershot wurde die Gründung eines Luftkorps für die englische Armee offiziell bekanntgegeben. Der gegenwärtig im Generalstabe des Kriegsministeriums befindliche Major Sir Alexander Bannerman von den Königlichen Ingenieuren übernimmt vom 7. Oktober an dessen Kommando. Das Korps erhält zwei Departements, eines für Lenkballons, das andere für Aeroplane.

— **(150 000 Baumwollarbeiter ausgesperrt.)** Nach Berichten aus den Baumwollbezirken sind Sonnabend ungefähr 700 Baumwollspinnereien geschlossen worden. Etwa 150 000 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden.

— **Die Bestimmungen über die Regierung in Korea** sind jetzt angenommen worden. Es wird amtlich bekannt gemacht, daß der Generalgouverneur die Vollmacht erhält, Verordnungen zu erlassen, vorhaltlich der Genehmigung durch den Kaiser und den Geheimen Rat. Vicomte Terautsi wird Generalgouverneur, Fürst Yamagata Präsident des Geheimen Rats.

Westfalen u. Rheinland.

! **Rotthausen,** 3. Okt. **(In der Falle.)** Eine Frau beobachtete einen unbekannten Mann, wie er nach ihrer Wohnung in der ersten Etage ging. Sie ging nach einiger Zeit dem Eindringling nach und machte die Entdeckung, daß er sich im Schlafzimmer zu schaffen machte. Schnell schloß die Frau die Türe ab, und der Dieb saß in der Falle; all sein Bitten um Freilassung war vergeblich. Auf das Hilferufen der Frau hin erschien ein Kriminalschutzmann und nahm den Burschen fest. Es ist ein arbeitsloser Mensch, der in der Umgegend eine große Anzahl Wäschediebstähle ausgeführt hat. Wurde er in einer Wohnung überrascht, so gab er sich stets als Wäschereisender aus.

** **Düsseldorf,** 3. Okt. **(Ein alter Sünder.)** Die Strafkammer verurteilte den 73jährigen Hausierer Friedrich Fürst wegen schweren Diebstahls mit Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen zu 2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

** **Düsseldorf,** 3. Okt. **(Im Wahnsinn.)** In einer Anstalt in Baumberg hat sich die 34jährige Modistin Olga Reiser aus Wipperfürth in einem Anfalle von Schwermut den Hals mit einem Fleischermesser durchschnitten.